

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenverschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz 8909. Postfachkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 234 B

BERLIN • Mittwoch, den 5. Oktober 1932

1. JAHRGANG

# Nazi-Feme-Organisation.

## Demokratische Illusionen.

„Warum erst jetzt?“

Von Hans Lehmann.

Im „Vorwärts“ stellte Löbe in einem Aufsatz mit der Überschrift „Warum erst jetzt?“ fest, den Nationalsozialisten sei jetzt ein Dämmererschein aufgegangen, daß es nicht genüge, die stärkste Partei zu sein, um die Parteiforderungen durchzudrücken. Jahrelang hätten die Nazis der SP vorgeworfen, sie habe versäumt, ihr sozialistisches Programm durchzuführen, als sie „an der Macht“ oder doch die stärkste Partei war. Jetzt aber seien die Nazis in einer Rekord-Stärke in das Parlament eingezogen. „Mit 230 Abgeordneten, einem Block von stattlichen Ausmaßen, haben sie auch im neuen Reichstag nichts anderes anfangen können als Koalitionen, Kompromisse mit wesensfremden, „un-

## Abwägung des Hamburger Verkehrsstreiks.

Das Reichsarbeitsministerium hat den Schiedsspruch für die Hamburger Verkehrsangestellten für verbindlich erklärt.

„Es fehlt ihnen eben die Mehrheit, wie sie uns all die Jahre gefehlt hat.“

Löbe hängt also noch an seinen demokratischen Illusionen. Was gibt ihm aber das Recht, die gleichen Illusionen auch bei den Nazis vorauszusetzen? Die Tatsache, daß Hitler nur deshalb heute nicht in der Regierung sitzt, weil er sich weigerte, mit anderen Parteien die Regierungsgewalt zu teilen, berechtigt zu jener Voraussetzung gewiß nicht. Auch die Koalitionsverhandlungen zwischen Nazis und Zentrum beweisen für diesen Fall nichts. Man sehe sich einmal die Taten der Naziregierungen in Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Mecklenburg und neuerdings auch wieder in Thüringen an; da ist der Unterschied zwischen nationalsozialistischer und sozialdemokratischer Regierungspolitik deutlich zu sehen. Wenn Löbe ihn nicht erkennen kann, dann frage er einmal die große Zahl seiner jetzigen oder ehemaligen Parteigenossen, die ihre hohen Beamtenstellen in diesen Ländern entweder schon verloren haben, oder denen der Abschied noch bevorsteht, dem manche nicht einmal durch den Wechsel des Parteibüchens entgehen konnten. Die Tatsache, wie die Nationalsozialisten mit den Beamten aus gegnerischen Parteien umspringen, sollte die NS eigentlich von dem Verdacht befreien, die Demokratie sei ihnen etwas anderes als ein Mäntelchen, das sie so kleidet, wie den Wolf der Schafspelz.

Löbe meint, auch die Kommunisten seien nicht besser daran als die SP und die Nazis. Sie könnten noch keine einzige erfolgreiche Aktion aufweisen. Wir wollen zugeben, daß der Grund für diesen Mißerfolg nicht zuletzt bei der KP selber liegt. Aber derjenige hat gewiß am wenigsten ein Recht, sich über die Mißerfolge von Genossen aufzuregen, der diesen ein Bein stellt, wo es nur geht, — wie die SPD es nicht selten mit der KP tut.

Und nun Löbes Antwort auf die Frage: „Warum erst jetzt?“: „Konnten vor zehn Jahren die Gegner mit einem Schein von Recht behaupten, daß die grundsätzliche Umstellung in der Wirtschaft ein Experiment sei, das die schmale Existenzgrundlage des Volkes noch weiter gefährde, so sind diese Gründe durch die Entfaltung der Produktionskraft hinfällig geworden.“ So weit waren wir doch aber mit der wirtschaftlichen Entwicklung vor vier Jahren auch schon, als Müller und Hilferding Reichskanzler bzw. Reichsfinanzminister waren! Damals hätte die SP doch dann Möglichkeiten zur Durchführung ihres Programms haben müssen!

## Hauptmann Röhm klärt auf.

Seit einigen Monaten wird über die NSDAP von verschiedenen Menschen, die es eigentlich wissen müssen, behauptet, daß es innerhalb dieser Partei eine besondere Organisation zur Beseitigung mißliebiger Parteigenossen gebe. Vor einigen Monaten wurde insbesondere von konkreten Mordplänen gegenüber den drei Nationalsozialisten Röhm, Bell und Dumoulin-Eckart gesprochen. Auch die Gerichte hatten sich mit diesem Fall beschäftigt und auch einen der Beteiligten, Danzels, der die Organisation der Morde begonnen hatte, wegen Aufforderung zum Mord zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Im Anschluß an Veröffentlichungen über diese Angelegenheit durch die „Münchener Post“ hat der berüchtigte Oberleutnant Schulz einen Redakteur der „Münchener Post“ wegen Beleidigung verklagt. Herr Schulz fühlte sich also dadurch beleidigt, daß man seine Person in Zusammenhang mit Fememorden bringt. Wer die Tätigkeit dieses Herrn von den Fememordprozessen im Anschluß an die Aufhebung der beharrlich abgelagerten „Schwarzen Reichswehr“ her kennt, wird über seine Empfindlichkeit in diesem Punkt erstaunt sein. Immerhin konnte ihm eine Beleidigung an den damaligen in München geplanten Morden nicht nachgewiesen werden, und der erwähnte Redakteur wurde zu einer Geldstrafe von 1200 Mark verurteilt. Hierbei ist festzuhalten, daß der Parteigenosse des Herrn Oberleutnants,

Hauptmann Röhm, gegenüber dem Reichsbannerführer, Major Mayr, erklärt haben soll, daß er Schulz für den eigentlichen Urheber des Mordkomplotts halte.

In dem Prozeß ist von dem Zeugen Bell unter Eid ausgesagt worden, daß die „Zelle G“ oder „Abteilung ED“ eine Organisation zur Beseitigung unliebsamer Elemente sei und daß sie durch den Reichsschatzmeister der NSDAP Schwarz finanziert worden sein soll. Besonders interessant ist, daß über die Mordpläne innerhalb der NSDAP auch der militärische Leiter des Reichsbanners, Major Mayr, so gut unterrichtet gewesen ist,

daß Hauptmann Röhm in einem mehrstündigen Gespräch mit Mayr diesen gebeten hat, die guten Informationen, die er über die NSDAP und über Oberleutnant Schulz erhalte, auch Röhm immer weiterzugeben.

Da der Kronzeuge für das Vorhandensein der Femetätigkeit Hauptmann Röhm ist, wie Major Mayr vor Gericht erklärte, muß die Existenz solcher Organisationen als ziemlich sicher angenommen werden. Jedenfalls muß sie

als so wahrscheinlich angesehen werden, daß der Staatsanwalt unserer Meinung nach die Pflicht hat, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, um den Sachverhalt zu klären.

## Die Reichsverfassung als Blickfänger.

Nazis und Sozialdemokraten als Behexte.

Der Präsident des Preußen-Parlaments, KERRI, hat sich über das Verhältnis Preußens zum Reich geäußert: Er meint, die Auffassung der Mehrheit des Landtages gehe dahin, daß die kommissarische preußische Regierung insofern allein dem Reichspräsidenten verantwortlich sein mag, als ihre Maßnahmen die Wiederherstellung von Ruhe und Sicherheit betreffen, daß sie aber im übrigen unbedingt die Rechte des preußischen Volkes und des durch seinen Willen gewählten Landtages, wie sie in der preußischen Landesverfassung niedergelegt sind, achten und beobachten muß. Sie bleibt, ob sie das anerkennt oder nicht, dem Landtag verantwortlich, hat die von ihm gefaßten Beschlüsse und verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetze durchzuführen, und die Minister haben, sobald ihr Erscheinen von dem Landtag oder den Ausschüssen verlangt wird, diesem Verlangen Folge zu leisten.

In der Ernennung der Beamten, die gleichzeitig Vertreter Preußens im Reichsrat sind, sieht KERRI eine Bestätigung dafür, daß die kommissarische Regierung gar nicht daran denke, sich auf die Wiederherstellung von Ruhe und Sicherheit zu beschränken, sondern auf gewisse andere Ziele hinsteuere. Auf jeden Fall bringe der preußische Staatskommissar den Staatsgerichtshof hierdurch in eine peinliche Lage. Zu den in letzter Zeit viel erörterten Plänen auf Verreichlichung Preußens erklärte der Landtagspräsident KERRI u. a.: Es ist nun einmal eine Tatsache, daß vorläufig noch eine Reichsver-

fassung besteht, deren Innehaltung der Herr Reichspräsident beschworen hat und daß ebenso in Preußen eine Verfassung vorhanden ist, über deren Beachtung der Landtag und mit ihm das Volk wacht. Wozu also Pläne auf Reichsreform tragisch nehmen, die das Kabinet von Papen im Schubfach halten muß, weil sie nur durch einen Verfassungsbruch durchführbar wären!

Die fortdauernde Berufung auf die Reichsverfassung wird mit der Zeit langweilig, besonders wenn mit dieser Berufung auch noch der Versuch verbunden ist, jemanden über die Zukunft des deutschen Volkes zu beruhigen. Denn was wir bei Papen und Hindenburg alles erlebt haben an Aktionen, die sie mit der Verfassung für verbotlich halten, nötigt uns zu der Frage: Was werden wir alles noch erleben müssen?

Es brauchte uns nicht zu bekümmern, daß die Nazis ihre Hoffnung auf Paragraphen setzen. Wenn nur die Arbeiterschaft und ihre Führer es nicht weitgehend täten. Aber in Wahrheit tun die Nazis im Augenblick nur so, weil sie machtpolitisch etwas abgedrängt worden sind, während viele Arbeiterführer wirklich auf die Erringung der 51 Prozent aus sind, trotz der Erfahrung, daß man ihnen schon die Ausnutzung eines viel kleineren Prozentsatzes machtpolitisch verbietet. — Ein Beispiel für den demokratischen Illusionismus liefert Paul Löbe, auf dessen Fragen wir im heutigen Leitartikel antworten.

Die Antwort auf Löbes Frage ist vielmehr: Weil die SPD aus ihren demokratischen Illusionen heraus früher vor lauter „Staatspolitischen Notwendigkeiten“ die Arbeiterpolitik vergaß, und weil sie erst jetzt nachdem sie auf die Straße geflogen ist, als „Oppositionspartei“ wieder Boden gewinnen muß.

Ein halbwegs kritisch denkender Arbeiter wird die heutige Stellung der SPD schwerlich ernst nehmen. Wer Augen hat, sieht, daß Herr von Papen unbehelligt regiert, obwohl er nur 42 Stimmen im Parlament hinter sich hat. Dafür hat Papen allerdings hunderttausend Mann Reichswehr hinter sich — und die wiegen mehr als 230 Naziabgeordnete. Das weiß auch Hitler sehr genau, und das ist auch der verständliche Grund,

warum die Nationalsozialisten soverhältnismäßig kleinlaut sind. Nur Löbe scheint das nicht zu wissen! Ein Sozialdemokrat ist jedenfalls nicht berechtigt, danach zu fragen, warum die Nationalsozialisten die Macht, die in den 230 Stimmen im Parlament liegt, nicht anwenden. Die Nationalsozialisten haben noch nie, wie die SPD zu Beginn ihrer Regierungstätigkeit, auch die Reichswehr auf ihrer Seite geliebt. Wäre dies der Fall gewesen, dann hätten sie jedenfalls diese Macht nie mit Sozialdemokraten geteilt — wie dies umgekehrt Löbes Parteigenossen Ebert und Noske taten, die die alten Offiziere schleunigst in die Machtposten der Republik setzten — demokratischen Flausen nachlaufend.

# Die feindlichen Brüder.

S. H. In den Kreisen der englischen Delegation in Genf rechnet man damit, daß Ende dieser Woche die Gespräche über die deutsche Gleichberechtigungsforderung und damit über die Mitarbeit Deutschlands an der Abrüstungskonferenz in Gang kommen werden. Vor vierzehn Tagen, als kürz nach einander die Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz, die Tagung des Völkerbunds und die Vollversammlung des Völkerbunds bevorstanden, war von der Hoffnung auf eine bevorstehende Aussprache lauter die Rede. Aber es ist damals keine Aussprache über die Gegensätze, an denen die Abrüstungskonferenz zu scheitern droht, zustande gekommen. Herriot und Neurath haben Genf verlassen, ohne mit einander zu sprechen.

In den Genfer Sitzungen macht sich inzwischen der Druck dieses ungelösten Konflikts lähmend bemerkbar. Das Büro der Abrüstungskonferenz verlagert seine Sitzungen in der Hoffnung, die jetzt zu behandelnden Fragen etwas später in Anwesenheit von Vertretern Deutschlands behandeln zu können. Die Hauptsprache der Völkerbundstagung, sonst der glanzvolle und feierliche Auftakt der jährlichen Vollversammlung, ist kläglich zusammengebrochen: Der deutsch-französische Konflikt beherrscht — wie die Reden der drei Großmachtvertreter zeigten — weitgehend die Aufmerksamkeit und das Interesse der Versammlung. Aber niemand packte die Schwierigkeit an. Man redete um die Sache herum; kein Mensch hörte zu; die Versammlung schloß, und die Diskussion brach ab.

Grund genug für alle Beteiligten — sofern es ihnen mit der so oft versicherten Bereitschaft zu internationaler Verständigung ernst ist — das nächste Mal die gleichzeitige Anwesenheit der verantwortlichen Außenminister in Genf, zu der es möglicher Weise Ende dieser Woche kommt, besser auszunutzen als das erste Mal. Besteht für uns Anlaß zu der Erwartung, daß einer von ihnen durch die bisherigen Erfahrungen zu stärkerer Initiative ermuntert worden ist?

### Die deutsche Regierung

wird von sich aus wohl keinen Schritt zur Verständigung unternehmen, was nach ihrem bisherigen Verhalten so gut wie fest steht. Herr von Neurath hat die angekündigte Passivität auch nicht durch das leiseste Entgegenkommen gegenüber den zur Vermittlung bereiten Engländern durchbrochen, geschweige denn daß er das Geringste getan hätte, ein Gespräch mit Herriot anzubahnen.

Diese von den „nationalen“ Gruppen Deutschlands als Festigkeit gefeierte Halsstarrigkeit ist aber nicht einmal das entscheidende Hindernis, das von deutscher Seite einer Ueberwindung des Konflikts entgegenstellt wird. Das Haupthindernis steckt nach wie vor in der Aufrüstungsbereitschaft, die hinter der deutschen Gleichberechtigungsforderung steht. Alle Dementis, die Papon und Neurath losgelassen haben, das Echo, das diese Dementis in der nationalen Presse gefunden haben, alle Versicherungen, daß es Deutschland nicht um die Aufrüstung, sondern um die Gleichberechtigung gehe, ändern nichts daran.

daß in dem Ultimatum der deutschen Forderung unzweifelhaft die deutsche Aufrüstung angekündigt wird für den Fall, daß die Deutschland betreffende Bestimmungen nicht allgemein angenommen würden. Wie sollte sich die französische Regierung zu einer wirksamen Abrüstung entschließen unter den Augen eines Verhandlungspartners, der, zur Aufrüstung bereit, auf der Lauer liegt, um jede angebliche Kränkung der „deutschen Ehre“ zurückzuweisen, der zudem die „sportliche“ Ertüchtigung der Jugend in die Hände eines alten Militärs legt, die Serie seiner Panzerkreuzer in dem irgend zulässigen Maß erweitert und im Manöver durch das Spiel mit Attrappentanks in deutschgesinnten Herzen die Sehnsucht nach den hier nachgebildeten Originalen wacherhält?

Ist von seiten

### der französischen Regierung

— die dank der deutschen Haltung in einer gewiß sehr schwierigen Lage saß — ernsthaft etwas zur Lösung des Konflikts geschlichen?

Herriot hat oft genug über den Streitfall gesprochen. Zunächst in der offiziellen französischen Antwort auf die deutsche Wehrnote, in der er die Entscheidung über den deutschen Anspruch selber umging und sich damit begnügte, die Deutschen an die Abrüstungskonferenz bzw. an den Völkerbund zu verweisen. Dann folgte die Aussprache in den Auswärtigen Kommissionen von Kammer und Senat, in denen Herriot vor der nicht leichten Aufgabe stand, sich die Billigung aller der politischen Kreise Frankreichs zu sichern, auf deren Unterstützung seine Regierung angewiesen ist, die noch immer zwischen der Orientierung nach rechts und der nach links schwankt und daher beide Seiten umwirbt. Vielleicht steht es damit im Zusammenhang, daß über den Verlauf dieser Unterhaltungen und über die Parolen, die Herriot dabei ausgegeben hat, nie etwas Sicheres bekanntgeworden ist. Man weiß, daß Herriot die berühmten Worte: „Nein, niemals, nichts!“ fallen gelassen hat, wem aber diese schroffe Ablehnung galt — ob den deutschen Aufrüstungsgelüsten oder der Forderung, mit Deutschland über die Gleichberechtigungsforderung zu verhandeln — darüber ist offiziell nichts bekannt.

Erst in Gramat, in einer Festsrede, die sich unmittelbar nur an ein privates französisches Publikum wandte, kam Herriots eigene Stellungnahme klarer heraus. Er präziserte die französischen Sicherheitsforderungen und gab Anhaltspunkte dafür, daß er eine deutsche Aufrüstung unter keinen Umständen zulassen werde.

Von da an schwieg Herriot wieder über seine Pläne und Ansprüche. In den Wandelgängen des Völkerbundsgebäudes: Eiseskälte zwischen ihm und Neurath — jeder von ihnen schreibt jetzt dem andern die Schuld dafür zu, daß es zu keiner Aussprache kam. In der Rede vor der Völkerbundsversammlung: Phrasen und Ubertreibungen, kein Wort über die entscheidenden Fragen.

Es kann nach alledem keine Rede davon sein, daß Herriot in dem deutsch-französischen Gegensatz zugewiegt und etwas Entscheidendes zu seiner Lösung getan hätte. Er hat reagiert auf die Aktionen der Gegenspieler,

von einer planvollen eigenen französischen Politik, zu der er bewußt und konsequent die Initiative ergriffen hätte, ist nichts zu sehen.

Das liegt gewiß einmal an der bereits erwähnten innerpolitischen Unsicherheit seines Kabinetts, die es mit sich

bringt, daß jede weitreichende, politisch bedeutsame Aktion zu Kollisionen mit politischen Gruppen führen kann, deren Unterstützung Herriot sich nicht endgültig verscherzen darf, wenn er sein Kabinetts halten will.

Es liegt sicher weit mehr noch an den Schwierigkeiten, die der deutsche Nationalismus ihm in den Weg legt: Gibt Herriot Deutschland den Weg zur Aufrüstung frei, so läßt er ein hemmungsloses Wettstreiten zu, schlägt er die deutsche Gleichberechtigungsforderung rundweg ab, so provoziert er die deutsche Aufrüstung und damit wieder das Wettstreiten geht er — der deutschen Gleichberechtigungsforderung entsprechend — mit den französischen Rüstungen auf das Maß des Rüstungsstandes herab, den er Deutschland zubilligt, so ist bei der nationalistischen Verhetzung in Deutschland der europäische Friede so gut wie preisgegeben.

Aber diese innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten allein erklären und rechtfertigen Herriots Zaudern nicht. Herriots Lage wäre klarer und einfacher, wenn er im Streit mit Deutschland eindeutig als der Vertreter einer einheitlichen, zielsicheren und offenen französischen Wehrpolitik dastände. Das tut er nicht.

In der Theorie vertritt Herriot, ebenso wie sein Amtsvorgänger Tardieu, die Politik einer Sicherung des Friedens durch die Internationalisierung der Wehrmacht und ihrer Verwendung ausschließlich im Dienst des Rechts. Bei Herriot kommt, gerade in jüngster Zeit, das klare und eindeutige Bekenntnis zum Artikel 8 der Völkerbundsatzung hinzu: Aufrüstung bis auf das Mindestmaß, daß mit der nationalen Sicherheit vereinbar ist. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß mit diesen Parolen die Richtlinien für eine konsequente Friedenspolitik gegeben sind. Aber ist es Herriot Ernst mit einer solchen Politik?

In der Praxis ist von einer Wehrpolitik Frankreichs im vergangenen Sommer nur an zwei Stellen deutlich etwas zu spüren gewesen: In Marokko, wo das französische Militär zur blutigen und barbarischen Unterdrückung von Aufständen eingesetzt wurde; in Genf, wo im Juli die Diktatur Frankreichs, Englands und Amerikas den kläglichen und völlig ergebnislosen Abbruch der Abrüstungskonferenz erzwungen hat.

Herriots Anpreisungen des Konventionstextes vom Juli als eines Manifestes der Abrüstung, seine Prahlereien mit der angeblich durchgeführten französischen Aufrüstung, von der, trotz der Herabsetzung des Militärbudgets und der Militärdienstzeit, nicht die Rede sein kann, dienen nur dazu, die Disharmonie zwischen Theorie und Praxis in der französischen Wehrpolitik zu unterstreichen.

### Japan weist die Lytton-Vorschläge zurück.

#### lediglich eine Grundlage.

Nach einer Meldung aus Genf wird die japanische Regierung in den im November stattfindenden Verhandlungen des Völkerbunds über den Lytton-Bericht von diesem nur die ersten beiden Kapitel annehmen, da diese eine Beschreibung der anarchischen Zustände geben, die in der Mandchurie geherrscht hätten; und die Japan stets als Begründung für sein Vorgehen vorgebracht habe. Die Vorschläge der Lytton-Kommission nimmt die japanische Regierung nicht an; sie wird an der Auffassung festhalten, daß sie an der Bildung des Mandchukuo-Staates nicht beteiligt sei. Voraussetzung für eine Regelung der Frage der Mandchurie sei eine starke Zentralregierung in China, die augenblicklich nicht vorhanden sei. Die japanische Regierung ist aber der Ansicht, daß der Lytton-Bericht als Grundlage für eine Regelung dienen könne.

### Vom Mandatsgebiet zum Völkerbundmitglied

Am Montag nachmittag wurde das Königreich Irak als ständiges Mitglied in den Völkerbund aufgenommen. Damit erfüllt zum ersten Male seit dem Bestehen des Völkerbundes ein Mandatsrecht. Der Völkerbund hatte vorher durch eine Kommission festgestellt lassen, daß die militärische Aufrüstung des Königreichs Irak kein Hindernis für die Aufnahme in den Völkerbund bildete — worauf der „Manchester Guardian“ interessiert die — berechtigte — Frage stellt, wie eigentlich die Militärmacht eines Staates beschaffen sein müsse, um dessen Zulassung zum Völkerbund unmöglich zu machen.

### Neuwahlen zum Völkerbundsrat.

Die Vollversammlung des Völkerbundes hat am Montag in geheimer namentlicher Abstimmung Polen das Recht der Wiederwählbarkeit in den Völkerbundsrat erteilt. Von den 51 bei der Abstimmung vertretenen Staaten stimmten 41 für Polen, 6 dagegen, 4 enthielten sich der Stimme.

### Griechenlands neues Parlament.

Die Zusammensetzung der neugewählten griechischen Kammer ist, nach einer Mitteilung des griechischen Innenministeriums, folgende:

Liberaler (Venizelos)	101
Volkspartei (Tsaldaris)	94
Fortschrittspartei	15
KP	10
Agrarier	10
Landarbeiter	8
Radikale Partei	5
Verschiedene	7

### Chiles neueste Regierung.

Der neue chilenische Staatspräsident Oyanedel hat nunmehr ein Kabinetts gebildet, an dem verschiedene politische Parteien beteiligt sind. Der Präsident erklärt, daß er die Absicht habe, in Chile wieder verfassungsmäßige Zustände herzustellen — was allerdings auch von seinen Vorgängern stets erklärt worden ist. Jedenfalls sind die Wahlen für den 30. Oktober festgesetzt worden und der Wahlkampf, an dem 30 Parteien teilnehmen, hat bereits begonnen. Einer der Präsidentschaftskandidaten ist General Grove, der Führer der ersten Revolution, die in diesem Jahr in Chile stattgefunden hat.

Daß bei dieser unsicheren Grundlage von Herriot keine entschiedene und sichere Initiative zur Lösung der Streitfragen zu erwarten ist, liegt auf der Hand.

### Die englische Regierung

fühlt sich in dieser gefährdeten und festgefahreten Situation wieder zum Vermittler berufen. Simon arbeitet Einigungsformeln aus, die, soweit sie bisher bekanntgeworden sind, weder bei den Vertretern Deutschlands, noch bei denen Frankreichs Gegenliebe finden werden. Henderson hat in Genf Vermittlungsversuche gemacht; MacDonald berät in London mit dem Kabinetts den Plan einer Vierer-Konferenz (Deutschland, England, Frankreich und Italien) zur Beilegung des Streits.

Aussichtsvoll für eine ernsthafte und tiefgehende Klärung und Ueberwindung des deutsch-französischen Gegensatzes sind alle diese Versuche nicht. Nicht so sehr darum, weil zwischen den englischen Vermittlern selber — vor allem zwischen MacDonald und Henderson — Gegensätze bestehen, die ein einheitliches englisches Vorgehen verhindern.

Weit bedenklicher ist an der englischen Vermittlung — wie noch an jeder dergleichen Aktion von seiten Englands —, daß die englische Politik es noch nie auf eine wirkliche deutsch-französische Verständigung abgesehen hat.

England ist daran interessiert, daß seine beiden Hauptgegenspieler auf dem europäischen Festland sich gegenseitig in Schach halten. Diesem „Vermittler“ gegenüber ist Vorsicht geboten!

Die Aussichten für Genf sind mehr als dunkel. Von den Regierungen, die heute in Westeuropa am Ruder sind, ist eine Sicherung des Friedens nicht zu erwarten. Um so dringender wird die Aufgabe für die Arbeiterschaft,

den Kampf mit dem Hauptgegner des Friedens, dem Nationalismus und seinen Vorurteilen der Souveränität und der Wehrfreiheit, entschlossen und zielsicher aufzunehmen.

### Simon fährt nach Paris.

Der englische Außenminister Simon ist am Dienstag zu einer Besprechung mit Herriot nach Paris gefahren, wie man annimmt, um ihn von der Notwendigkeit einer raschen Lösung der Abrüstungsfrage zu überzeugen. Der von MacDonald aufgerollte Plan einer Vier-Mächte-Konferenz zur Besprechung der deutschen Forderungen stößt bei Herriot auf starken Widerstand und wird wahrscheinlich gar nicht weiter diskutiert werden. Simon will daher einen neuen Weg finden, um Deutschland wieder zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz zu bewegen.

In halbamtlichen japanischen Äußerungen über den Lytton-Bericht wird vorgeschlagen, die ganze Frage der Mandchurie auf einige Jahre ruhen zu lassen, bis sich herausgestellt hätte, ob die Mandchurie zur Selbstregierung fähig sei oder nicht.

Das japanische Außenministerium will dem Völkerbund als Antwort auf den Lytton-Bericht, eine Denkschrift überreichen, in der der japanische Standpunkt noch einmal klargelegt wird.

### Kriegsberichte aus der Mandchurie.

In Schanhaikwan ist nach blutigen Kämpfen zwischen der mandchurischen Polizei und chinesischen Freischärlern der Belagerungszustand erklärt worden.

Auch in der Südmandschurie sind heftige Kämpfe im Gange, an denen auch japanische Truppen beteiligt sind.

Auf Grund dieser Entscheidung konnte am Montag nachmittag in der Vollversammlung Polen zum dritten Male in den Völkerbundsrat gewählt werden. Außer über den Ratssitz Polens mußte über die bisher von Jugoslawien und Peru eingenommenen Ratssitze neu verfügt werden. An Stelle von Peru bekam Mexiko, an Stelle von Jugoslawien die Tschechoslowakei einen Sitz im Völkerbundsrat.

Die Weltwirtschaftskonferenz soll, wie der für ihre Einberufung gebildete Ausschuss beschlossen hat, im Februar stattfinden. Außer den Völkerbundsstaaten werden acht Länder darunter die Sowjet-Union, zu der Konferenz eingeladen worden. Die englische Regierung hat sich bereit erklärt, die Mehrkosten, die dadurch entstehen, daß die Konferenz in London stattfindet, und nicht in Genf, selber zu tragen.

Der engere Katastrophenausschuss für die Einberufung der Konferenz hat am Montag einen Sachverständigen-Ausschuss für die Vorbereitung der Konferenz gewählt. Diesem Ausschuss gehört kein Vertreter einer Großmacht an.

### Sturz der Regierung von Sao Paulo.

Die Gegenregierung in Sao Paulo ist, infolge der bedingungslosen Uebergabe der Aufständischen, gestürzt worden. Der Führer der Aufständischen, der deutsche General Klingner, ist geflohen. Die brasilianische Regierung will einige der Führer von Sao Paulo vor ein Kriegsgesicht stellen.

Die estländische Regierung ist zurückgetreten, nachdem sie nur zwei Monate lang im Amt war. Der Rücktritt ist hervorgerufen worden durch Uneinigkeit unter den Koalitionsparteien. Die Agrarpartei wollte eine Inflationspolitik betreiben, die von der nationalen Mittelpartei bekämpft wurde.

Aus dem griechischen Erdbebengebiet kommen fortgesetzt Nachrichten über neue Erdstöße. An einem Punkt der Küste ist ein 6 km langes Stück Land durch einen Erdriß vollständig vom Festland losgetrennt. Man befürchtet, daß dieses Stück, das sich an einem einzigen Tag um rund 40 m verschoben hat, ins Meer versinken wird. In den verheerten Gegenden herrschen furchtbare Zustände. Die Luft ist durch Leichengestank verpestet, da es nicht gelungen ist, die Toten schnell genug zu beerdigen. Es fehlt an Lebensmitteln, an Trinkwasser, an Unterkunft, an ärztlicher Hilfe. Malaria und Ruhr breiten sich aus. Englische Kriegsschiffe sind als Rettungsexpedition in die Unglücksgegenden gefahren; ihre Hilfsmittel reichen aber der ungeheuren Not gegenüber bei weitem nicht aus.

# Demokratie in Reinkultur.

## Bedauerliche Vorgänge bei den französischen Sozialisten.

Paris, den 1. Oktober 1932.

Damit wir uns ein richtiges Urteil über die Haltung der II. Internationale und ihrer Sektionen bilden können, dürfen wir nicht davor zurückschrecken, die betrüblichen Vorgänge zu untersuchen, die sich in den Sektionen dieser Internationale von Zeit zu Zeit ereignen, so bitter es uns auch anmuten mag, immer wieder abfällige Urteile über Organisationen der Arbeiterschaft aussprechen zu müssen. Die französische Sektion der II. Internationale (SFIO), die als verhältnismäßig linksstehend gilt, darf von dieser Kritik nicht ausgenommen werden.

Gestern abend hatten diejenigen Mitglieder der SFIO, die Anhänger des Amsterdamer Kongresses und der daraus hervorgegangenen Antikriegs-Komitees sind, zu einer „rein informatorischen“ Versammlung eingeladen, um die Gründe für ihre Haltung darzulegen. Veranlassung zu der Versammlung gab die Tatsache, daß diesen Mitgliedern der SFIO für die Darstellung ihres Standpunktes die Parteipresse verschlossen ist. Denn ihre Verbindung mit dem Amsterdamer Kongreß verstößt gegen Beschlüsse der II. Internationale und der französischen Partei.

Am Saaleingang wurde die Karte der SFIO oder des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes (CGT) verlangt. Die Zahl der Kommunisten, die trotzdem in den Saal gelangten, war nicht größer, als es dem notorischen Leichtsinne entspricht, der in den meisten Arbeiterorganisationen in bezug auf die Ausstellung von Mitgliedskarten besteht.

Die Versammlungsleitung kündigte zu Anfang an, daß keine Aussprache stattfinden solle, da den Veranstaltern die sozialistische Presse verschlossen sei, während ihre Gegner in der Partei in dieser Presse ihre abweichende Ansicht verbreiten könnten. Eine sonderbare Begründung, die wohl von niemand, auch nicht von den Veranstaltern, wie man gleich sehen wird, ernst genommen wurde.

Es waren etwa 700 Personen anwesend, darunter eine Reihe von Parlamentsabgeordneten. Die Anhänger des Amsterdamer Kongresses hatten knapp die Mehrheit.

Die Hauptredner des Abends, soweit sie von den Veranstaltern bestimmt waren, waren Po'upy, von der Gruppe „Action sozialiste“, ein ganz unbedeutender, schlechter Schauspieler, Harmon, ein alter Mann, der den Naiven spielte, Val'bon, der sich mit Entrüstung dagegen wandte, daß er in der Ankündigung der Versammlung als „Redakteur des „Vie Socialiste“ bezeichnet sei (dieser Titel kommt allein Renaud zu), Nicole, der Redakteur der Genfer Zeitung „Travail“, schließlich Monnet, der junge Bauern-Abgeordnete, der auch in Amsterdam war.

Diese Redner verkündeten nun rasch folgende Dinge von der Tribüne: 1. Die II. Internationale treibt keine Politik gegen den Krieg, daher ist sie nicht nach Amsterdam gegangen. 2. Die II. Internationale hat ein ausgezeichnetes Antikriegsprogramm, daher ist es bedauerlich, daß sie nicht nach Amsterdam gegangen ist, um dies dort zu vertreten. 3. Das Manifest des Amsterdamer Kongresses ist ein ausgezeichnetes Schriftstück, das überall verbreitet werden sollte. 4. Das Amsterdamer Manifest ist weit vorzuziehen, unsere Zustimmung zu verdienen. 5. Das Gerede von der kommunistischen Taktik der Ausnutzung der Sozialisten zu kommunistischen Parteizwecken ist leeres Geschwätz. 6. Wenn wir von den Kommunisten keine bestimmten Garantien dafür erhalten, daß sie die Antikriegs-Komitees nicht zu ihren Parteizwecken gebrauchen werden, können wir diesen Komitees nicht beitreten. 7. Die Kommunisten haben lange genug versucht, mit uns zu manövrieren; jetzt ist es an uns, mit ihnen zu manövrieren.

Alle diese Ausführungen fanden bei den Anhängern der Veranstalter dieses Versammlungstages, also bei der Parteioption, reichen Beifall.

Sie fanden fast alle das größte Mißfallen bei denen, die mit der Parteileitung gegen die Beteiligung an den nach dem Amsterdamer Kongreß gebildeten Komitees eintraten. Zwischenrufe und Störungen, die die Verhandlungen minutenlang aufhielten, wiederholten sich daher immer wieder. Mit der Erbitterung eines tiefsitzenden Hasses gingen die Anhänger der beiden Flügel der SFIO aufeinander los. Die Kommunisten beschränkten sich darauf, zu pfeifen.

Schließlich erreichten die Gegner der Versammlungsleitung, daß einer der Ihren zu Worte kam, und zwar ein Enkel von Karl Marx, Longuet, der in der französischen Partei eine große Rolle spielt und von dem Trotzki sagte, daß er während des Krieges Renaudels Spuren folgte, „aber mit einer gewissen Verlegenheit, die er für links ausgab“. Jetzt allerdings war er nicht in Verlegenheit, sich zu den wenigen zu rechnen, die 1914 bei Kriegsausbruch nicht patriotisch geworden seien, und den russischen Bolschewisten vorzuwerfen, auch sie würden 1914 versagt haben, wenn sie statt in der Verbannung zu leben, in ihrem eigenen Lande die Freiheit der Anwendung demokratischer Methoden gehabt hätten (eine merkwürdige, unbewußte Verdächtigungen der Demokratie). Für Longuet ist Münzenberg der „teuflische Organisator der Spaltung der Arbeiterschaft“. Vom Versuch der Schaffung einer überparteilichen Einheitsfront war bei Longuet auch nicht der leiseste Hauch zu merken.

Übrigens kam Longuet erst zum Reden, nachdem er sich — zum großen Gaudium der Opposition und der Kommunisten — minutenlang mit seinem Parteifreund Farinet, dem Sekretär des Bezirksverbandes des Departements der Seine, der ebenfalls Gegner des Amsterdamer Kongresses ist und auf Grund seines Amtes das Wort verlangt hatte, gestritten hatte, wer von beiden reden sollte. Nachher wollte Longuet nicht wieder aufhören zu reden.

Nun erhob sich erst recht der Sturm: Die eine Hälfte der Versammlungsteilnehmer verlangte, daß Longuet weiterrede, die andere, daß an seiner Stelle Monnet spreche. Jeder teilte seine Ansicht mit, indem er so laut wie

möglich und so oft wie möglich den Namen seines Auserwählten brüllte, und so die Gegenpartei durch Ueberschreien zum Nachgeben zu bringen suchte. Eine Art von urwüchsiger, reiner Demokratie, in der jedes Berufen auf Vernunftgründe unmöglich war. Nur schade, daß die beiden Namen fast genau gleich klingen, so daß der Versammlungsleiter den Willen des Volkes nicht ermitteln konnte.

Daraufhin Tumult auf der Tribüne. Longuet wollte nicht weichen, obgleich er von allen Seiten bedröhrt wurde. Monnet versuchte vergeblich, sich verständlich zu machen; ein Mitglied des Versammlungsvorstandes nach dem andern versuchte vergeblich, Ruhe zu schaffen. Schon tauchte in einer Saalecke, auf einem Stuhle stehend, ein weiterer Redner auf, Novina, der weder ein Enkel von Marx ist, noch ein Amt hat. Man verstand nicht, was er zu sagen hatte. Einmal Augenblick später erschien er auf der Rednertribüne, von wo er im hohen Bogen herunterflog. Er erschien zum zweiten Male auf der Tribüne und wartete neben Monnet und Longuet die Ruhe ab, um mit seiner Rede zu beginnen.

Schließlich gelang es Monnet, sich Gehör zu verschaffen. Er versuchte rasch und ohne große Wirkung, Longuet zu widerlegen, erklärte, daß zwischen ihm und der Parteileitung unüberbrückbare Gegensätze beständen und versuchte, ein Manifest zur Annahme zu bringen, in dem die Anwesenden sich verpflichten sollten, in der Partei Propaganda für die Anerkennung der Amsterdamer Beschlüsse zu machen. Etwa die Hälfte der Anwesenden stimmten dagegen. Es war nach Mitternacht. Die Versammlung wurde unter Tumult geschlossen.

Die Lehre: Immer wieder dieselbe: Solange sozialistische Parteien derart organisiert sind, daß jedermann ohne Rücksicht auf seine Charaktereigenschaften und seine Überzeugungen zugelassen wird, und daß Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip gefällt werden, ist es unvermeidlich, daß sich Fraktionen herausbilden, die sich bekämpfen, um sich herum Chaos erzeugen und eventuell eine Parteisplaltung herbeiführen. Eine traurige Wahrheit, die sich überall bestätigt findet. Solange sie nicht berücksichtigt wird, ist in Frankreich ebenso wenig wie anderswo die Verwirklichung des Sozialismus möglich.

Gerhard Kumleben.

## Militarismus in Front.

### Wehrmacht-Volkbegehren.

Der „Frontkriegerbund“ v. V. Reichsverband, Sitz München, hat beim Reichsminister des Innern den Antrag gestellt, ein Volksbegehren zuzulassen, das das Kennwort trägt: „Neues Wehrmachtgesetz“. Durch dieses Gesetz soll Teil 5 des Versailler Vertrages außer Kraft gesetzt werden, der die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland verbietet.

### Soldaten-Siedlung an der Grenze

15 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt ist in Beschinen (Kreis Wohlab, Schlesien) die erste deutsche Frontsoldaten-Siedlung entstanden. Sie umfaßt ein Gut von 500 Morgen und zählt 13 Siedler. Jeder besitzt 30 Morgen Land, von denen er 8 Morgen allein bewirtschaftet. Die übrigen 22 Morgen werden von allen gemeinsam bearbeitet. — Auch in Oberschlesien und Schleswig-Holstein sind ähnliche Soldaten-Siedlungen geplant.

### Beispiel für Arbeiter.

Hindenburg ist Ehrenvorsitzender des Kyffhäuserbundes und Ehrenmitglied der „Stahlhelme“. Bei der Präsidentschaftswahl hatten sich diese beiden Soldaten-Organisationen vereinigt. Der Kyffhäuserbund trat für Hindenburg ein, während der „Stahlhelm“ im ersten Wahlgang Düstereberg aufstellte, im zweiten Wahlgang seinen Mitgliedern die Wahl zwischen Hindenburg und Hitler frei gab.

Der persönlichen Vermittlung Hindenburgs ist es jetzt gelungen, den dadurch entstandenen Streit zwischen den beiden militaristischen Vereinen beizulegen. Sie werden fortan — wie das Blatt des Kyffhäuserbundes meldet — „in kameradschaftlicher, vertrauensvoller Nebeneinanderarbeit den weiteren Weg zu ihrem väterländischen Ziel des Freiheitskampfes fortsetzen“.

# BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name	Ort
Straße und Hausnummer	

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Mälik-Verlag 1932  
Er besetzt das Zimmer 18, in dem die Unabhängigen beraten.

Sein Kopf ist bis zum Bersten voll von den Erlebnissen dieses einzigartigen Tages. Der Agitator Liebknrecht, der in einem Saal voll begeisterter Zuhörer sich bis zur Selbstvergessenheit entzünden kann, hat heute Hunderttausende marschieren sehen. Er blickt sich um im Kreise der hiesigen agitierenden Dittmann, Müller, Barth, Wurm, Cohn. Er hat keinen eigentlichen Eindruck von den Gesichtern und hört kaum, über was geredet wird. Er erfaßt nur das leitende Thema, und ohne Fragen zu stellen, ohne Gegenäußerungen abzuwarten, tritt er an den Schriftführer heran und diktiert in die Schreibmaschine: „Alle Exekutiv-, alle legislative, alle richterliche Gewalt bei den Arbeiter- und Soldatenräten.“

Barth und die Vertreter des linken Flügels jubeln. Dittmann und die vom rechten Flügel haben für diese eindeutige, nicht mißverständliche Formulierung nicht gleich passende Gegenargumente bereitet. Sie berufen sich nur auf Haase, der ja bald kommen müsse, und ohne den man endgültige Entscheidungen nicht treffen könne.

Dittmann will sofort nach Hamburg fahren, um Haase zu holen. Ein Auto brauche er dazu und einen Geleitschein, oder besser zwei, einen soll Scheidemann unterschreiben, den anderen sicherheitshalber Liebknrecht.

Während man noch über Haase, über Beschaffung eines Militärautos, über Ausstellung der Geleitscheine und die notwendigen Unterschriften disputiert, geht die Tür auf und Scheidemann guckt herein. Die Gewerkschaftsfunktionäre Brolat und Heiler sind bei ihm.

„Seid ihr nun endlich zu einem Entschluß gekommen?“ fragt Scheidemann.  
„Wir müssen uns doch erst über die Grundformen der neuen Republik schlüssig werden!“

„Ist denn wenigstens schon so etwas wie ein Entwurf da?“  
Der Schriftführer bringt den von Liebknrecht diktieren Text.

Scheidemann nimmt ihn in die Hand und liest; er stutzt bei den entscheidenden Zeilen, und um sich zu sammeln, liest er ein zweites Mal.

„Ja, aber Leute, wie denkt ihr euch das denn eigentlich?“  
„Das muß so sein!“  
„Ander's geht's nicht!“  
„Auf andere können wir uns nicht einlassen!“

„Aberdem muß Haase jetzt bald kommen!“  
Scheidemann macht Einwendungen, er versucht es mit seinem grauen Kopf, mit dem väterlichen Tonfall, der ihm zur Verfügung steht. Nach langem Hin- und Herreden gelingt es ihm, den entscheidenden Satz abzuwandeln in den Wortlaut:

„In dieser Republik soll die gesamte legislative, exekutive, jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.“  
Diese Fassung hat den Liebknrechtschen Entwurf zwar nicht grundlegend verändern können, aber so ist es nicht mehr „schreiender Bolschewismus“ und die Worte „gewählte Vertrauensmänner“ lassen auch den sozialdemokratischen Führern noch Türen offen. Und wenn lange genug darüber debattiert wird, wolle auch den bürgerlichen Führern, ohne die die Sozialdemokratie sich eine Regierung nicht vorstellen kann.

Nur halb zufrieden mit dem Erreichten verläßt Scheidemann die Unabhängigen und überbringt seinen Genossen den Text. Es wird sogleich eine Abschrift hergestellt und dem Parteivorsitzenden Ebert in die Reichskanzlei geschickt. Ebert kann den Ueberbringer nicht gleich verlassend.

Der Reichskanzler Ebert hat im Bibliothekszimmer den Vizokanzler von Meyer, den Staatssekretär Hauptmann und noch einige Exzellenzen des alten Kabinetts um sich versammelt und berät mit ihnen die zu unternehmenden Maßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung. Dieselbe Idee, zu der er sich dem Prinzen Max gegenüber verpflichtet hat und die er Scheidemann im Reichstagsrestaurant entgegen geschleudert hat, schlägt er hier als die beste Lösung vor: Schnelligste Einberufung einer Nationalversammlung!

Die gestürzten Minister erklären sich mit dieser Idee im Prinzip einverstanden. Festo Zusagen für ihr Eintreten, in das von Ebert zu berufende Kabinett können sie jedoch noch nicht geben. Das hänge vom Einverständnis ihrer Parteien ab, erklären sie.

Die Herren stehen auf und gehen. Ebert läßt den Genossen herbeirufen.

Er liest den von den Unabhängigen aufgesetzten und von Scheidemann gemilderten Entwurf für eine gemeinsame Regierungsbildung. Sorgsam geht er das Schriftstück Punkt für Punkt durch und legt es auf den Tisch zurück.

„Unmöglich, darauf können wir uns nicht einlassen.“  
„Dann schicken wir den Unabhängigen also eine Absage?“  
„Nein, das geht auch nicht.“

Ebert sucht nach einem Ausweg, und wieder verfallt er dem gleichen Gedanken, der ihm schon mehrmals an diesem Tage gekommen ist, den er aber nicht auszusprechen wagt: nicht nur die radikalen Arbeiter und die Unabhängigen, auch seine eigenen Genossen würden ihn als Verrat aufnehmen. Während Ebert noch grübelnd vor dem Bote sitzt, tritt ein Kanzleidiener ein und meldet: „Seine Großherzogliche Hoheit, Prinz Max von Baden.“

Ebert verabschiedet den Genossen. Reisefertig betritt Prinz Max das Bibliothekszimmer und findet Ebert allein vor. Er drückt ihm die Hand, um sich von ihm zu verabschieden.

„Ich bitte Sie dringend zu bleiben!“ sagt Ebert.

„Zu welchem Zweck?“ fragt der Prinz zurück.

„Ich möchte, daß Sie als Reichsverweser bleiben!“

Es ist der Rat, den auch die gestürzten Minister dem Prinzen gegeben haben, der gleiche Vorschlag, den sie Ebert gemacht haben. Aber der Prinz hat seinen Entschluß gefaßt. In Aschersleben will er mit seiner Frau zusammentreffen, unterwegs das Herzogspaar von Braunschweig mitnehmen, um auf seine Besetzung Salen am Bodensee zu fahren. Ein Sonderzug ist ihm für die Reise gestellt worden. Scheidemann hat ihm einen Geleitschein ausgestellt.

Auf das Angebot Eberts erwidert der Prinz: „Ich weiß, daß Sie im Begriff sind, mit den Unabhängigen ein Abkommen zu treffen, und mit den Unabhängigen kann ich nicht zusammen arbeiten!“ (Fortsetzung folgt.)

# Neues von der Streikfront.

## Berliner Transportarbeiter-Streik beendet.

Die Arbeiter im Berliner Möbeltransportgewerbe haben mit 494 gegen 196 Stimmen beschlossen den gestern gefällten Schiedsspruch anzunehmen. Danach wird der bisherige Tarifvertrag bis zum 28. Februar 1933 verlängert. Maßregelungen finden nicht statt. Da die Unternehmer eine wesentliche Verschlechterung verlangt hatten, darf man sich über den Erfolg des Streiks freuen.

## In der Hochseefischerei

hat sich die Lage verschärft. Die Fischdampferbesatzungen konnten nun auch einen großen Teil der Fischereiarbeiter und -arbeiterinnen zum Sympathie-Streik bewegen. Dadurch konnten die ankommenden Fischdampfer zum größten Teil nicht gelöscht werden.

## Erfolge bei Baldus und anderen Firmen.

Die Firma Baldus in Friedrichthal hat nunmehr auf den vorgesehenen Lohnabbau verzichtet. Die streikenden 400 Arbeiter nahmen danach die Arbeit wieder auf. Ebenso verzichteten die Chemische Fabrik und die „Baumwollsaat“ in Harburg auf Lohnabbau.

Weiter verzichteten auf den Lohnabbau auf Grund von Streikandrohungen die Verbandstoffabrik Kahnemann A.-G., die Leder-A.-G. in Neu-Isenburg, und auch Orenstein & Koppel haben ihre Lohnsenkungspläne zurückgezogen, so daß die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte.

Bei den Henschel-Werken in Kassel, bei Meier & Lorenz in München-Gladbach, bei Halbach in Düsseldorf, bei Stärker in Chemnitz und in Oschatz bei den Filz- und Schuhfabriken von Marthaus und bei Kopp & Haberland erreichten die Belegschaften durch ihren Widerstand die Fortzahlung des bisherigen Lohnes. Bei der letztgenannten Firma wurde außerdem die Nachzahlung des seit einigen Wochen verkürzten Lohnes durchgesetzt.

## Neue Streiks.

Die gesamte Belegschaft der Isselburger Hütte trat geschlossen in den Abwehrstreik, ebenso der größte Teil der 400 Mann starken Belegschaft der Baumwollspinnerei Hammerstein A.-G. in Gladbach-Rheydt.

Infolge eines Streiks des technischen Personals der Industrieverlag und Druckerei A. G. in Düsseldorf wird die in diesem Verlag gedruckte „Deutsche Bergwerkszeitung“ am Dienstag früh nicht erscheinen. Nachdem der „Mittag“

am Montag, wenn auch mit Verspätung, noch erschienen ist, ist das Erscheinen am Dienstag fraglich.

Weiter trat die Belegschaft der Eisenbahn-Werkstätten Steffens und Nülle A. G. in Berlin-Tempelhof, Gottlieb Dunkelstraße 20-22, am Montag in Stärke von 200 Mann wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik.

## Bevorstehende Streiks.

Die Chauffeure der Kraftag in Berlin drohen ebenfalls mit dem Abwehrstreik. Ferner soll eine Versammlung der BVG-Arbeiter heute über die Stellungnahme zu den neuen Lohnabbau-Plänen der Direktion Stellung nehmen. Es wird ein Verkehrstreik auch in Berlin befürchtet.

## Schlichtervorschlag im niederschlesischen Metallarbeiterstreik abgelehnt.

In einer Urabstimmung sprachen sich 82 Prozent der Abstimmenden in Breslau gegen die Annahme des Schiedsspruchs aus, der einen Lohnabbau und keine Sicherung gegen Maßregelungen vorsah.

Rückwirkung auf die Börse. Die Börse wurde durch die wachsende Streikwelle stark beunruhigt.

## Aussperrung im Buchbindergewerbe.

Im Anschluß an den Streik bei der Großbuchbinderei Sieko & Co. in Leipzig, hat eine Mitgliederversammlung des Vereins Leipziger Buchbinderbesitzer am Montag nachmittag beschlossen, über die Leipziger Buchbinder die Aussperrung zu verhängen. Weiterhin ist bei dem Kreis III der Antrag gestellt worden, die Aussperrung über die Großbuchbindereien ganz Deutschlands zu verhängen.

## Streik französischer Werftarbeiter.

In Penoit bei St. Nazaire haben die Werftarbeiter den Streik erklärt zum Protest gegen eine neue Lohnstaffelung, die die Werfleitung am 1. Oktober einführen wollte. Wenn die Unternehmer ihre Forderungen nicht noch im letzten Augenblick zurücknehmen, wird der französische Riesen-Passagirdampfer „Super-Ho-de-France“ (riesig nicht nur in Hinsicht auf seine Größe, sondern auch in Hinsicht auf die Millionen, die der Staat hineingesteckt hat) nicht an dem dazu vorgesehenen Datum vom Stapel laufen können. Da für den Stapellauf schon der Tag der höchsten Flut vorgesehen war, würde der Streik dazu führen, daß er um Monate aufgeschoben werden muß.

Die Werftarbeiter haben also günstige Aussichten für den Streik.

# Es wird gestreikt.

Husche. Ein amüsantes Bild bot sich dem aufmerksamen Beobachter am Sonnabend in den Straßen Berlins. Auf allen möglichen und unmöglichen Fahrgestellen transportierten Leute ihre Möbel. Vom kleinsten Handwagen bis zum großen Rollwagen schoben ganze Familien ihr Hab und Gut bis spät in die Nacht durch die Straßen von Berlin.

Große Möbeltransportautos waren jedoch wenige, ja fast keine zu sehen. Ein nicht alltägliches Bild in Berlin, noch dazu am 1. Oktober. Grund: 1000 Möbeltransportarbeiter streiken in 300 Berliner Betrieben. 1000 Transportarbeiter. Und in Hamburg: Viele Tausend Verkehrsarbeiter streiken. Innerhalb einer Stunde ruhte der Verkehr in den Straßen und auf dem Wasser.

Viele Tausende anderer Arbeiter streiken in kleineren und größeren Betrieben im ganzen Reich.

Viele Millionen Arbeiter und Arbeitslose warten auf die Einheitsfront — auf Kampf, auf Taten! Lange genug hat das Proletariat geduldet, hat einen Lohnabbau nach dem anderen kampflos hingenommen. Immer unerschämter werden die Angriffe der Unternehmer und ihrer Freunde!

Proleten! Genossen! Noch ist es nicht zu spät; geschlossen sind wir auch heute noch eine Macht. Schluß mit dem Bruderkampf! Unser Feind steht rechts. Denkt an die schönen Worte und prägt sie Euch und den anderen ein:

Alle Räder stehen still,  
wenn dein starker Arm es will!



## Die „Frankfurter Zeitung“ unter Streikdruck.

Die Lage ist ziemlich unverändert; es streiken nur die graphischen Hilfsarbeiter (120 Mann). Die Buchdrucker haben es bei einer Resolution bewenden lassen und arbeiten weiter, da sie ja nicht unmittelbar vom Konflikt betroffen sind. Vor den Portalen des Betriebs stehen Streikposten mit Schildern: „Hier wird gestreikt“. Der Betrieb wird notdürftig aufrecht erhalten, die Zeitungen erscheinen noch. Das wird dadurch ermöglicht, daß Personal aus anderen Abteilungen in den durch Streik lahmgelegten Arbeitsstellen verwendet wird und daß einige Streikbrecher unter dem Schutz der Polizei in den Betrieb gekommen sind.

Der Streik ist am Sonnabend durch Urabstimmung der graphischen Hilfsarbeiter mit 90 Prozent beschlossen worden, nachdem die Verhandlungen mit der Betriebsleitung gescheitert waren. Die Arbeiter wollten wenigstens ihre bisherige Lohnhöhe halten, während die Geschäftsführung einen Abzug von 3,60 Mark nach ergangenem Schiedsspruch vornehmen wollte.

## Wer bezahlt den Pfarrer?

Das Synodalblatt des Kirchenkreises Oschatz (Sachsen) berichtet, daß in seinem Bezirk von 1200 evangelischen Personen nur noch 16 kirchensteuerpflichtig sind! In Sachsen kann die Kirchensteuer lediglich auf Grund der Einkommensteuer erhoben werden, das heißt also, daß über 98 Prozent der Evangelischen dort überhaupt nicht mehr zur Einkommensteuer herangezogen werden können!

Im Verlag der Kultur-Liga, Berlin W 50, Eislebener Str. 3, erscheint in neuer Auflage: Moses Hess: „Rom und Jerusalem“.

## Wirtschaftspolitische Aussprache.

Berlin: Donnerstag, den 6. Oktober 1932, 20 Uhr, im Autarkie oder Weltwirtschaft? Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplatz. Unkostenbeitrag: 80 Pf. Für Erwerblose frei.

## Sondergerichtsverfahren in Kiel.

### Unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Am Montag begann in Kiel ein Prozeß gegen 24 Reichsbannermitglieder und Kommunisten vor dem Sondergericht. Es handelt sich um Vorfälle, bei denen ein SA-Mann tödlich verletzt wurde. Neu bei diesem Sondergerichtsprozeß ist, daß die Öffentlichkeit und die Presse für die Dauer des Prozesses ausgeschlossen worden sind. Gegen dies Verfahren muß schärfster Protest erhoben werden. Die Öffentlichkeit der Gerichtsverfahren war immer noch eine Möglichkeit zur Beobachtung und Kontrolle der Justiz. Der Ausschluß der Öffentlichkeit, namentlich in politischen Prozessen, gibt den Angeklagten völlig schutzlos der richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Willkür preis.

Vor dem Sondergericht Altona hatten sich 5 Arbeiter wegen einer Schlägerei mit Nazis zu verantworten. Zwei erhielten eine Gefängnisstrafe von je einem Monat, drei wurden zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte Zuchthausstrafen von über einem Jahr beantragt. Das Gericht hielt aber einen politischen Beweggrund für die Tat nicht für einwandfrei festgestellt.

Wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz wurden in Altona der Kommunist F. zu einem Jahr und S. zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine Haussuchung wurde am Freitag in der Redaktion des „Volksfreund“ in Braunschweig vorgenommen. Die Polizei suchte Rundschreiben der Nazis, die dem „Volksfreund“ in die Finger gekommen sind.

## Ein Monstreprozeß um 65 Pf.

### Sorgen der deutschen Justiz.

Vor der Abteilung 205 des Amtsgerichts Berlin-Mitte fand am Montag ein Prozeß statt, der uns so recht zeigte, wofür in Deutschland das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinausgeworfen wird. Wegen Teilnahme an einem gewerbsmäßigen Glücksspiel und Beihilfe hierzu waren sechs erwerbslose Arbeiter, eine Gastwirtin und eine Angestellte angeklagt. Fast sämtliche Beamte vom Spielerdezernat des Berliner Polizeipräsidiums — 7 Mann an der Zahl — waren als Zeugen aufmarschiert.

Bemerkenswert ist der nachstehende Sachverhalt:

Beim Polizeipräsidium waren seit längerer Zeit anonyme Anzeigen eingegangen, daß in dem Lokal der mitangeklagten Gastwirtin Frau St. in Schöneberg, verbotene Glücksspiele stattfänden. Am 24. Juli d. J. drangen gegen 11 Uhr nachts überraschend acht Polizeibeamte in das Lokal ein, wo sie einen Betrag von sage und schreibe 65 Pfennigen als Spieleinsatz beschlagnahmten und die Angeklagten feststellten.

Daß die Beamten sich dieser Aufgabe nicht gerade zart-fühlig entledigten, geht daraus hervor, daß sie der zufällig anwesenden Braut des Angeklagten H. brutal den Arm gebrochen haben sollen.

Sämtliche Angeklagten bestreiten, gewerbsmäßig gespielt zu haben. Das Gericht beschloß nach mehrstündiger Verhandlung, das Verfahren gegen drei Angeklagte wegen Geringfügigkeit einzustellen. Die wegen Beihilfe angeklagte Gastwirtin erhielt eine Geldstrafe von 70 Mark, zwei weitere Angeklagte wurden ebenfalls zu Geldstrafen von 70 und 20 Mark verurteilt. Die Kosten, welche diese Bagatelangelegenheit dem Staat verursacht hat, hätten zweifellos bessere Verwendung finden können. — Pit.

Verantwortl. Schriftf. Willi Eichler, Berlin, Ansgartstr. 1, Lippmann, Berlin, Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 6 & 7, Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 26, Eilsbethufer 28/29.

## Unrichtigkeit in der politischen Mord-Statistik.

Die von der preussischen Regierung veröffentlichte Liste der Todesopfer auf dem politischen Kampfplatz berichtet von zehn Angehörigen des „Reichsbanners“ und der SPD unter diesen Todesopfern. Nach den Unterlagen des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ ist diese Angabe unrichtig. In der Zeit von Aufhebung des Uniformverbotes für die SA bis heute hat das „Reichsbanner“ allein in Preußen, worauf sich die Statistik der Regierung ebenfalls bezieht, 14 Todesopfer zu beklagen. Die Grundlagen für diese Feststellung sind ausführliche Berichte an die Unterstützungs- und Sterbegeldkasse des „Reichsbanners“ und werden gestützt durch behördliche und ärztliche Atteste.

Eine Falschmünzwerkstatt wurde in Hamburg in einem zahn-technischen Laboratorium entdeckt, in der insbesondere falsche Fünfmarkstücke hergestellt wurden.

Der Reichsrat wird erst nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes über den Verfassungstreit zwischen Preußen und dem Reich wieder zusammentreten.

**Erstklassige Maderholl**  
Herren-Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme  
Tadelloser Sitz  
**Schönheit**  
MAGDEBURG  
Johannisbergstr. 10, III  
Stoffmuster vorrätig.  
**J. Fürchtenicht**  
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

**Das Haus der guten Schuhe H. Ebel**  
Berlin N 65, Maxstr. 27  
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98  
Telefon: 5 6 Wedding 2338  
Bei Vorz. d. Inzerates 5% Rabatt!  
Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung

Freunde und Leser des „Funkens“! Unterstützt Eure Zeitung!  
Welt Abonnement!  
Sonnlich Anzeigen!  
Bezugsart bei Ebelstein  
oder Inzerat!

**Sonnenblumen-Öl**  
kalt abgepresst, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.  
5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.  
Kanne 1,— RM Pfand.

**Frischkost-Reformhaus**  
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.  
Des großen Erfolges wegen 2. Woche bis Donnerstag verlängert,  
**Der Tugendkönig**  
Chaplins Traum  
Micky Maus: Der kleine Feun  
Lupino Lane — Groszaka  
Paris (Uraufführung)  
Anfangszeitpunkt: 17. 18.30 u. 20.45 Uhr

**Werbeprospekte**  
**Zeitungen**  
**Zeitschriften**  
Bei billiger Preisberechnung druckt  
**A. Janiszewski**  
Buchdruckerei und Verlag, GmbH  
Berlin SO 26, Eilsbethufer 29, Poyargh-Sammelnummer P1 Moritzplatz 547

**Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?**  
**Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.**  
Von Helene Beyer.  
52 Seiten. Gebunden 0,40 M.

Aus den Presse-Urteilen:  
„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwundgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“, Nr. 27, 2. Juli 1932.  
„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volkstimme“, Nr. 156, vom 15. Juni 1932.  
„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Plus, Krise und Geldwährung geben dem Leser fernerhin das Rätsel in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Versuche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln.“ Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschaftspolitisch Interessierten.“ „Prager Presse“, Nr. 168, vom 17. Juni 1932.

**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.**  
Postcheckkonto Berlin 818 42.

# Grundsatz und Taktik in der Länderfrage.

## Nationalsozialistische Parteidemagogie.

H. Lt. Vor kurzem schrieb die nationalsozialistische Zeitung „Die Front“: Wer bisher noch nicht Föderalist gewesen ist, der muß es jetzt werden! — Was bedeutet das, Föderalist zu sein? Ein Föderalist tritt grundsätzlich für weitgehende Selbständigkeit der Länder ein, also z. B. für die Selbständigkeit Bayerns innerhalb des Deutschen Reiches. Wer Föderalist ist, glaubt an ein „Recht“ der Länder auf solche Unabhängigkeit. Somit paßt es zu dem föderalistischen Bekenntnis der „Front“, wenn Wagner, ein Landtagsabgeordneter der NS, ungefähr zur selben Zeit in München eine Rede hielt, in der er sagte: Die Nationalsozialisten fühlen sich als „die Wahrer der Rechte der Länder“. Nicht paßt dagegen zu diesen beiden Äußerungen das bisherige Benehmen der NS. In demselben München, in dem Wagner jetzt sein föderalistisches Herz entdeckt hat, durchzog am 19. Juni 1932 — es ist noch keine 4 Monate her! — nationalsozialistische Demonstranten die Straßen und brüllten:

„Nieder mit Bayern!“

Damals hatte die Reichsregierung das SA-Verbot aufgehoben und Bayern hatte es von sich aus wieder eingeführt. Die bayerische Regierung war verfassungsmäßig dazu berechtigt. Es bedurfte einer eigenen Notverordnung des Reiches, um Bayern diese Befugnis zu nehmen. Dennoch hetzte der Berliner nationalsozialistische „Angriff“ in den damaligen Tagen:

„Was bleibt die Reichsexekution?“

So sahen im Juni 1932 die nationalsozialistischen „Wahrer der Rechte der Länder“ aus!

Es ist nützlich, diese verlogene Taktik der NS mit unserer eigenen Stellungnahme in der Länderfrage zu vergleichen.

Wir haben uns niemals als Anhänger des Föderalismus bezeichnet. Denn

es gibt kein Recht eines Staates, unter allen Umständen selbständig zu bleiben.

Ob die deutschen Länder ihre Unabhängigkeit an das Reich verlieren sollen oder nicht, können wir nur nach einer genauen Untersuchung der Verhältnisse entscheiden. Wir haben im Frühjahr bereits dargelegt, daß und warum die gegenwärtige Kleinstaaterei in Deutschland eine gerechte Verwaltung erschwert. Wir sind dann vorübergehend im Sommer dieses Jahres für die süddeutschen Länder, gegen die Reichsregierung eingetreten, weil Gefahr bestand, daß der Nationalsozialismus auf dem Wege über die Reichsregierung ganz Deutschland in seine Gewalt bekäme. Diese Gefahr ist vorläufig vorbei, und deshalb haben wir uns jetzt gegen den Versuch Papens gewandt, Bayern durch Verleihung von Sonderrechten für die reaktionäre Politik der Reichsregierung zu gewinnen. Solche Sonderrechte würden die Durchführung einer vernünftigen Reichsreform in Süddeutschland auf Jahrzehnte hinaus verhindern. — Im Gegensatz zu der verlogenen Demagogie der NS ist also unsere Stellungnahme zur Länderfrage frei von jeder Unehrlichkeit und Verwischung der Grundsätze. Jeder, der den Grundsatz der Gerechtigkeit anerkennt, und den Wandel der Verhältnisse studiert, kann die Richtigkeit unserer Taktik einsehen.

\*) Vergleiche: „Funken“ Nr. 92, 116, 229; „ISK“ Nr. 8 (1932).

## Hakenkreuz am Krankenbett.

M. H. Gegen die wachsende Unsitte der Nazi-Studenten, in den Kliniken beim Praktizieren mit Hakenkreuzen zu sehen, ja in voller braun-gelber Nazi-Uniform anzutreten, hatten die freigewerkschaftlich organisierten Studenten Protest eingelegt; sie hatten den Vorstand der Berliner Medizinerschaft — die offizielle Vertretung der Medizinstudenten an der Universität — gebeten, diese Unsitte abzustellen. Dieser sagte zu, wartete zunächst drei Wochen und erließ dann folgenden Anschlag: „Die freigewerkschaftliche Vereinigung der Medizinstudierenden hat uns gebeten, die Medizinstudierenden aufzufordern, beim Praktizieren in den Kliniken jegliche politischen Abzeichen abzugeben. Wir geben diese Anregung ohne eigene Stellungnahme auf diesem Wege den Studierenden bekannt.“ Das Hakenkreuz wird daraufhin sicher nicht vom Krankenbett verschwinden! Es wäre zu wünschen, daß die Kranken selber dagegen protestierten! — Nach Berichten in der „Sanitätswarte“ — dem Organ der Sektion Gesundheitswesen im „Gesamtverband“ — mehren sich übrigens die Fälle, in denen Aerzte ihre berufliche Stellung dazu mißbrauchen, um unter ihren Patienten oder den ihnen unterstellten Kollegen Propaganda für die Nazis zu machen. Solche Aerzte sollten von uns gemieden werden!

## „Pazifistengelaus und Giftschlangen“.

Aus dem Wortschatz der Nazis.

H. Lt. Im Januar hielt die Pariser Schriftstellerin Marcelle Caby in München einen Vortrag, in dem sie für die Idee des Friedens und der Völkerverständigung warb. Die Versammlung war von Konstanze Hallgarten, der Münchener Vorsitzenden der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ einberufen worden. Erika Mann verlas am Schluß einen Aufruf. Bald darauf erschien in der nationalsozialistischen Zeitschrift „Die Front“ ein Artikel und in dem nationalsozialistischen „Illustrierten Beobachter“ ein Gedicht, in denen K. Hallgarten, E. Mann und die Versammlungsteilnehmer mit folgenden Ausdrücken betitelt wurden:

„Degenerierte Halbwelttdämchen“, „Zuhälterinnen jüdischer Sklavenhalter“, „bolschewistische Furien“, „Pazifistengelaus“, „Giftschlangen“!

Das Münchener Strafergericht hat jetzt die verantwortlichen Schriftleiter Nippold und Bruger wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von je 1500 Mark verurteilt.

## Die große Aufgabe!

Nach einer Meldung der Telegraphen-Union hat Hitler auf einer Tagung der Gaufrauenvereinsleiterinnen (was es bei Hitler alles gibt!) unter anderem erklärt, die große Aufgabe der nationalsozialistischen Frauenbewegung sei es, „daß sie ganz bewußt immer mehr und mehr die beiden Geschlechter auf den Gebieten zur Zusammenarbeit führt, die ihnen zukommen.“

Wir wünschen guten Erfolg!

## Anträge über wirkliches und Nazi-Theater im Preußen-Landtag.

Im Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages wurde ein Antrag über die Weiterführung des Kasseler Theaters als Staatstheater zurückgezogen, weil die Fortführung des Theaters durch ein Abkommen mit der Stadt Kassel bis August 1933 gesichert ist. — Angenommen wurde ein Antrag, daß die in der Vorbereitung für die Mittelschulprüfung befindlichen Lehrer und Studierenden bis zum 1. Juli 1934 noch zur Abschlußprüfung zugelassen werden sollen. — Abgelehnt wurde ein Nazi-Antrag, wonach alle artfremden ausländischen Künstler und Hilfskräfte des deutschen Rundfunks abberufen werden sollen, um den notleidenden Künstlern und Geistesarbeitern Erwerbs- und Schaffungsmöglichkeiten zu geben, die bei der heutigen Besetzung des deutschen Rundfunks mit artfremden und ausländischen Kräften, wie es im Antrag heißt, in übermäßigem Umfang diesen Kräften zugute kommen. Zum Ersatz soll ein Arbeitsplan aufgestellt werden, der die Neueinstellung und Beschäftigung nur deutschstämmiger Künstler und Geistesarbeiter vorsieht.

## Der neue vorschriftsmäßige Badeanzug.

In der Preuß. Gesetzssammlung Nr. 56 wird auf Grund der Paragraphen 14, 25 und 33 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzssamm. S. 77) für das Land Preußen folgende Polizeiverordnung erlassen:

Der § 1 der Badepolizeiverordnung vom 18. August 1932 (Gesetzssamm. S. 280) erhält folgende Fassung:

1. Das öffentliche Nackbad ist untersagt.
2. Frauen dürfen öffentlich nur baden, falls sie einen Badeanzug tragen, der Brust und Leib an der Vorderseite des Oberkörpers vollständig bedeckt, unter den Armen fest anliegt sowie mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. Der Rückenausschnitt des Badeanzuges darf nicht über das untere Ende der Schulterblätter hinausgehen.
3. Männer dürfen öffentlich nur baden, falls sie wenigstens eine Badehose tragen, die mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. In sogenannten Familienbädern haben Männer einen Badeanzug zu tragen.
4. Die vorstehenden Vorschriften gelten nicht für das Baden in Badeanstalten, in denen Männer und Frauen getrennt baden.
5. Die Vorschriften des Abs. 2 gelten entsprechend für den Strandanzug der Frauen.

Herr Bracht hat vorsichtshalber mit der Veröffentlichung dieser Verordnung bis zum Eintritt der kühleren Jahreszeit gewartet, sonst hätte er einen Entrüstungsturm der Badefreunde erleben können. Bis zur nächsten Badesaison wird diese Muckerverordnung wohl bei der Polizei wieder in Vergessenheit geraten sein.

Die Reform der Groß-Berliner Verwaltung wird zur Folge haben, daß 1100 Berliner Bezirksverordnete in den 20 bisherigen Bezirken überflüssig werden. Die Bezirksverordneten hatten Anspruch auf Tagelöhler und Freifahrten für die städtischen Verkehrsmittel, die durch den Abbau eingespart werden.

## Das Doppelgesicht einer katholischen Zeitung.

H. Lt. „Die Aufgabe unserer Presse ist es, . . . das Doppelgesicht des Zentrums so lange herum zu drehen, bis ihm von dem eigenen Schwindel Hören und Sehen vergeht.“ (Münchener Specht im „Funken“ Nr. 224.)

Kommen wir dieser Aufforderung nach? Der „Bayerische Kurier“, das offizielle Organ der „Bayerischen Volkspartei“, die man als den rechten Flügel des Zentrums bezeichnen darf, brachte innerhalb von zwei Tagen die nachfolgenden beiden Berichte:

### 1. Herbstübung der VII. bayerischen Division.

„Von unserem zu den Manövern entsandten Sonderberichterstatter.“

Der Gesamteindruck, den man von den diesjährigen Herbstübungen empfangen mußte, war, daß die menschlich (!) begriffliche Militärmüdigkeit der ersten Nachkriegszeit von einem erfreulich (!) wachsenden Interesse für alles Soldatische abgelöst worden ist, das sich im massenhaften Zustrom von unermüdetlich mit Spannung folgenden Zuschauern, Offizieren des DOB, Stahlhelmen u. s. w., nicht minder äußerte, als in der prachtvoll gastlichen Aufnahme unserer Truppen durch die Bevölkerung. . . . Schmerzlich (!) in Widerspruch zu dem neu erwachten Verständnis für militärische Dinge steht das Feindverbot, die Wehrbeschränkung, an die man auf Schritt und Tritt erinnert wird, wenn man die hölzernen Kanonen sieht und von „angenommenen“ Kampfwagen, Fliegern u. s. w. täglich hört. Die Franzosen scheinen schlechte Psychologen zu sein, wenn sie meinen, mit solchen Verboten ihre Sicherheit zu fördern; denn schließlich sind es die Herzen der Männer und nicht die Maschinen, die die Überlegenheit eines Volkes bedingen. Und diese Männer sind gut. . . .“

Nach diesem gesperrt gedruckten Satz ergeht sich der Berichterstatter in einer Schilderung der militärischen Ausbildung dieser guten Männer. Danach bedankt er sich für die lebenswürdige Behandlung der Pressevertreter und schließt mit den Worten:

„Wir kannten wieder einmal (Gott sei Dank) keine Parteien — wir kannten nur Deutsche.“

## Nationale Politik.

### Die Aufbauwilligen beim Tratsch.

Da die Papen-Regierung kräftig daran geht, wesentliche Teile der langjährigen politischen Forderungen der Nationalsozialisten in die Tat umzusetzen, bleibt den Nazis nicht mehr viel Gelegenheit zur sachlichen Opposition. Jetzt muß der Familienkutsch auslaufen. Der Reichskanzler läßt auf nationalsozialistische Angriffe hin erklären, die Behauptung, er habe ein Bittgesuch einer Anverwandten und „Jugendgespielin“ nicht berücksichtigt, stimme nicht. Ferner wird festgestellt, daß die Gattin des Reichskanzlers, Frau von Papen, weder Französin noch mit Schneider-Creuzot verwandt sei, daß vielmehr ihr Vater, also der Schwiegervater des Reichskanzlers, als Deutscher an dem Feldzuge 1870/71 teilgenommen und schon deshalb sich nicht an den separatistischen Umtrieben beteiligen könne, weil er bereits 1908 gestorben ist.

Das kann noch heiter werden, wenn es so weiter geht.

### Rückgang der Nazis!

Bei allen Nachwahlen, die in neuerer Zeit stattgefunden haben, kann ein starker Rückgang der Nazistimmen festgestellt werden. Das scheinen keine Zufallsergebnisse zu sein, denn es liegen jetzt gleiche Meldungen aus den verschiedensten Teilen des Reiches vor. Auch bei den Gemeindevahlen in Köpelsdorf bei Sonneberg im Nazi-Thüringen sind die Nazistimmen von 822 auf 492 zurückgegangen. Die übrigen bürgerlichen Parteien haben rund 100 Stimmen absolut gewonnen, SP und KP haben absolut an Stimmen verloren: Das ist aber eine Folge der geringeren Wahlbeteiligung. Unter Berücksichtigung der geringeren Wahlbeteiligung haben SP und KP zusammen an Stimmen gegenüber den Nazis gewonnen.

Bankier Becker, gegen den vor dem Schnellschöffengericht in Berlin wegen Devisenvergehens verhandelt werden sollte, ist flüchtig geworden. Er war gegen eine Kaution von 30 000 Mark auf freien Fuß gesetzt worden. Die kleinen Diebe fängt man, die großen läßt man laufen!

### 2. Schule und Rassenvorurteile.

„Der ‚Osservatore Romano‘ läßt sich aus Washington über eine bemerkenswerte Initiative der amerikanischen katholischen Vereinigung für den internationalen Frieden berichten. Eine besondere Kommission dieser Vereinigung hatte die Aufgabe, Untersuchungen über den Ursprung, die Entwicklung und die Bekämpfung der nationalen Antipathien bei den Kindern durchzuführen. Die Kommission hat inzwischen einen Bericht vorgelegt, dem Feststellungen in 60 katholischen Elementar- und Mittelschulen in 30 Staaten und auf Porto Rico zugrunde liegen. Die interessantesten Schlußfolgerungen, zu denen der Bericht gelangt, sind folgende:

Das Rassen- und Nationalbewußtsein kann man bei den Kindern vom 6. Lebensjahre an feststellen. Die Mädchen neigen dem Vorurteil mehr zu als die Jungen. Viele Lehrer sind der Auffassung, daß die nationale Intoleranz besonders auf den Einfluß der Haltung der Erwachsenen in der Familie zurückzuführen ist. Die sozialen und wirtschaftlichen Faktoren komplizieren noch das Problem der Rassenvorurteile. Alle befragten Lehrpersonen haben den ungewöhnlichen Wert des Religionsunterrichts für die Bekämpfung der Intoleranz anerkannt. (Aha!) Viele Schulen, die Gegenstand der Untersuchung waren, hatten keine Auswahl in ihren Bibliotheken mit dem Ziel getroffen, diejenigen Bücher auszumerzen, die geeignet sind, Vorurteile gegenüber besonderen Rassen und nationalen Gruppen zu nähren. . . . Schließlich wird in dem Bericht noch erklärt, man habe bisher nicht genügend Aufmerksamkeit der Möglichkeit gewidmet, daß der Lehrende selbst seinen Schülern ein Gefühl nationaler oder rassenmäßiger Antipathie mitteilen könne, ohne daß er sich selbst bewußt sei, von dieser Antipathie angekränkt zu sein.“

Wir halten die Leute vom „Bayerischen Kurier“ nicht für dumme genug, daß sie sich nicht „bewußt“ sind, wie sehr sie durch ihre Manöverberichte den Lesern ein Gefühl nationaler oder rassenmäßiger Antipathie mitteilen. Deshalb zeigen uns auch diese beiden Berichte wieder das raffinierte System katholischer Parteipolitiker, Nationalisten und Internationalisten einzufangen nach den Worten des neuen Testaments:

In meines Vaters Hause sind viele Wohnungen!

## Neue Fliegerbomben.

Nach einer Mitteilung der „Stimme der Vernunft“ (Nr. 9) hat ein Sachverständiger in einem Vortrag über Angriffswaffen auf der Genfer „Abrüstungs“-Konferenz ausgeführt:

„In den Kämpfen gegen die Eingeborenen in Mesopotamien bedienen sich die Engländer neuer besonderer Fliegerbomben mit sehr bedeutender Explosionsverzögerung beim Einfall. Dies ist beim Angriff auf ein Eingeborendorf von großer Bedeutung, weil sich die Bevölkerung, belehrt durch bittere Erfahrungen, beim Erschlagen eines Flugzeuges rasch in der Umgebung der Siedlungen verbirgt. Deshalb verursachen Bombenabwürfe vorwiegend nur (!) Materialschaden. Die neuen Bomben bohren sich ziemlich tief in die Erde ein und explodieren erst nach 4, 6, 8, 12, 24, oder auch 36 Stunden. In dieser Zeit ist die Bevölkerung ruhig wieder in ihre Behausungen zurückgekehrt, nicht ahnend, was ihrer dort wartet.“

### Der Komponist der „Internationale“ gestorben.

In dem Pariser Vorort St. Denis starb kürzlich der Komponist der „Internationale“, Pierre Degeyter, im Alter von 84 Jahren.

Degeyter war Drechsler von Beruf und lebte früher in Lille. Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts brachte ein Liller Arbeiterführer aus Paris einige revolutionäre Gedichte mit und bat Degeyter, der sich viel mit Musik beschäftigte, eins von ihnen zu vertonen. Degeyter wählte ein Gedicht von Pottier, der auch Drechsler war. So entstand die „Internationale“. Berühmt wurde das Kampflied erst einige Jahre später, als ein Genosse, zum Abschluß des Pariser sozialistischen Einigungskongresses, auf die Tribüne stieg und das Lied sang. Die Kongreßteilnehmer sangen den Refrain stehend mit. Seitdem ist die „Internationale“ durch die Arbeiterbewegung der ganzen Welt gezogen.

Degeyter ist durch dieses Werk nicht berühmt geworden, ja man schrieb die Vertonung der „Internationale“ lange einem seiner Brüder zu. Er ist seit 1921 Mitglied der kommunistischen Partei gewesen. Die kommunistische Stadtverwaltung von St. Denis hat beschlossen, Degeyter auf Kosten der Gemeinde beizusetzen.

# Autarkie oder Weltwirtschaft?

Der zweite Verhandlungstag des Vereins für Sozialpolitik — über den ersten berichteten wir gestern — war eine Kundgebung für den Freihandel.

Professor von Dietze (Jena), ein Anhänger des Autarkie-Gedankens, gab zu: wirtschaftlich sei eine Abriegelung der Nationen gegen einander überhaupt nicht zu rechtfertigen. Er meint aber, der Reichsernährungsminister habe kürzlich mit seiner Bemerkung, die Autarkie sei nicht Deutschlands Ziel, aber Deutschlands Schicksal, die jetzige Lage richtig gekennzeichnet. Die Freiheit der politischen Entschlüsse sei gebremst, wenn das Prinzip der Nahrungsfreiheit nicht gewahrt wird. Gerade heute müsse man die Blockade-Gefahr im Auge haben. Zu Gunsten der „Nahrungsfreiheit“ führte er ferner an, der Volkskörper bedürfe der Erneuerung vom Lande her, und deshalb müßte Deutschland das Landvolk auch unter Opfern erhalten.

Die Antwort, die Professor Lederer (Berlin) gab, erntete stürmischen Beifall. Zu den politischen Gründen für die Nahrungsmittel-Autarkie sagte Lederer mit Recht, daß man mit Nahrungsmitteln allein Deutschland nicht verteidigen könne. Dazu brauche man auch Rohstoffe. Die Abhängigkeit von den ausländischen Rohstoffquellen aber sei eben „schicksalhaft“. — Die Erneuerung der Bevölkerung könne im Zeitalter der Eigenheim-Siedlung und des Sportes auch aus der Stadt heraus erfolgen.

Heute freilich, in einer Zeit, in der wenig Häuser gebaut werden, seien viele Baumeister am Werk, um wenigstens neue Systeme zu bauen. Schöne nationale Gefühle würden mißbraucht, um Interessensstüppchen damit zu kochen. Deutschland führe handelspolitisch mit der Kontingentspolitik einen Tanz auf den Hühneraugen der besten Freunde Deutschlands auf, die den weitaus größten Teil des deutschen Ausfuhrüberschusses abnehmen.

Einfuhrrückgang, Arbeitslosigkeit und Absatznot der Landwirtschaft gingen Hand in Hand. Während die deutsche Einfuhr von 14 auf 7 Milliarden Mark zusammengesunken ist, hat sich die Arbeitslosigkeit auf mehr als 6 Milliarden Mark erhöht. Was also, so fragte Lederer ironisch, liegt näher, als nun die Einfuhr vollständig zu drosseln, um die Arbeitslosigkeit ganz zu beseitigen?

Es ist interessant und lehrreich, zu beobachten, wie die Interessenten der „Nahrungsfreiheit“ auf die Tagung antworten. Wie nicht anders zu erwarten: mit dem Vorwurf, in Dresden hätten — abgesehen von Dietze — Interessenten gesprochen! Ein Gelehrter, der nicht für die Interessen der Großagrarien eintritt, ist kein Vertreter der Wissenschaft, sondern... Doch hören wir im Wortlaut, „wie gemacht wird“, mit welchem Bruslon der Ueberzeugung Hugenberg's „Landwirtschaftliche Wochenschau“ für objektive Wissenschaft ficht:

„War jedoch von einem derart objektiven Vorgehen (wie im ersten Referat) bereits in dem zweiten Referat, das von dem Professor Lederer erstattet wurde, nur noch erschütternd wenig zu bemerken, so mußte der Verlauf der anschließenden Aussprache tatsächlich geradezu tröstlich stimmen. Professor Lederer hielt es für angebracht, das Referat nicht etwa auf den Ton wissenschaftlicher Beweisführung abzustellen, sondern statt dessen mit höchst primitiven und billigen Litteraturkenntnissen den Beifall einer Versammlung zu ernten, die in der Art ihrer Diskussionsführung nachher nur zu deutlich bewies, wie richtig Lederer spekulierte, wenn er dieser Versammlung nicht Wissenschaft, sondern bestenfalls gute Journalistik vorsetzte...“

Wenn Wissenschaft die Kunst wäre, eine vorgefaßte Meinung journalistisch geschickt und dem Ohr der lauschenden Interessentenvertreter angenehm in Worte zu kleiden — wofür bedauerlicherweise gerade das Referat Professor Lederer's

wegweisend war, sodaß es in der Diskussion auch immer neue Nachahmer fand — wenn Wissenschaft die Kunst wäre, das unlegbare Vorhandensein schwerwiegender Gegenargumente dadurch zu übertönen, daß man sich mit Heiligkeit der Ueberzeugung kleidet und in beschwörendem Ton sich selber und seine Zuhörer in Begeisterung redet oder durch elegante Stilistik betäubt, dann ist am 29. September in Dresden beim Verein für Sozialpolitik Wissenschaft getrieben worden! Wenn Wissenschaft jedoch gleichbedeutend ist mit dem Ringen um die Objektivität des Standpunktes, mit dem Ringen um die Erkenntnis der gegebenen Tatsachen, und mit dem Ringen, diese Tatsachen in ihrem vollen Umfange und nicht nur so weit zu erkennen, wie sie der eigenen Meinung entsprechen, dann werden die Verhandlungen vom 29. September in Dresden noch lange einen höchst bedauerlichen dunklen Fleck für die Geschichte eines Vereins bedeuten, der Mitglieder vom Range eines Max Sering zu den Seinen rechnen kann.“

Wir nehmen diese Worte auf: Wenn Journalistik die Kunst wäre, eine vorgefaßte Meinung in „wissenschaftlicher“ Form geschickt und dem Ohr der lauschenden Interessentenvertreter angenehm in Worte zu kleiden — wofür gerade die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ wegweisend ist —, wenn Journalistik die Kunst wäre, das unlegbare Vorhandensein schwerwiegender Gegenargumente dadurch zu übertönen, daß man sich mit der Heiligkeit der Ueberzeugung kleidet und in beschwörendem Ton sich selber und seine Zuhörer in Begeisterung redet oder durch elegante Stilistik betäubt, so ist die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ ein Musterexemplar deutscher Journalistik — wobei die Eleganz der Stilistik häufig auch fehlt. — Den Satz mit dem „höchst bedauerlichen dunklen Fleck“ mögen unsere Leser selber auf das Hugenberg-Organ übertragen! — t.

## Reichsbank am Vierteljahresende.

(Angaben in Millionen Mark)

	Gold	Devisen	Reichsbanknoten	Reichsbankwechsel	Lombard	Ford	Wochensch.	Noten-umlauf	Giro-umlauf	Gesamt-Geld-	umlauf
23. 9. 1931	1374	298	9	141	2995	4174	540	5817			
30. 9. 1931	1301	139	124	301	3545	4609	613	6334			
23. 8. 1932	768	144	4	93	2780	3617	353	5555			
30. 8. 1932	768	157	37	207	3009	3817	408	5892			
23. 9. 1932	782	146	11	103	2679	3503	358	5484			
30. 9. 1932	796	133	24	242	2991	3755	451	5871			

Die Deckungsbestände der Reichsbank haben sich um rund eine halbe Million Mark vergrößert. Die Verminderung des Devisenbestandes zu Gunsten des Goldbestandes ist auf den Ankauf von Resongold zurückzuführen.

Die Ausleihungen sind während der letzten Septemberwoche infolge des Vierteljahrsschlusses und der vorausgegangenen Diskontsenkung besonders stark gestiegen, nämlich um insgesamt 479 Millionen Mark. Eine ähnlich starke zusätzliche Beanspruchung der Reichsbank zum Monatsende weist in diesem Jahr nur der Bericht zum 30. April aus. Ende September vorigen Jahres stiegen die Ausleihungen aber noch weit mehr, nämlich um 825 Millionen Mark.

Der Notenumlauf sowie der gesamte Geldumlauf sind zu diesem Monatsende niedriger als Ende August. Der gesamte Geldumlauf ist sogar um 463 Millionen Mark niedriger als Ende September vorigen Jahres. Bey.

Ein typisches Beispiel für einen Schutzzoll auf ein — wenigstens innerhalb gewisser Schranken, bei Preissteigerung — beliebig vermehrbares Gut liefert der deutsche Weizenbau. Der Weizenpreis, der infolge des Zolls und anderer Preisstützungen ein Vielfaches des Weltmarktpreises für Weizen beträgt, war für die Landwirte ein Anlaß, die Weizenanbaufläche zu vergrößern. In Deutschland wurden mit Weizen und Spelz bebaut:

1929	1 723 000 Hektar
1930	1 900 000 Hektar
1931	2 281 000 Hektar
1932	2 390 000 Hektar

Die Folge dieser Vergrößerung der deutschen Weizenproduktion wäre trotz der Zölle eine Senkung des Weizenpreises, wenn nicht die Junker-Regierung alles tun würde, um den Weizenpreis durch andere Stützungsmaßnahmen hochzuhalten.

Volkswirtschaftlich gesehen ist sowohl die Produktionsausdehnung innerhalb eines Landes als auch die Preissteigerung, wenn sie durch die Einführung von Schutzzöllen hervorgerufen werden, in den meisten Fällen unwirtschaftlich, so in fast allen Fällen, in denen Staaten sich neuerdings eine eigene Industrie zulegen. Das können wir uns durch folgende Ueberlegung klar machen:

Der vor der Errichtung der Zollmauern vorhandene internationale Produktionsapparat reichte aus, um die vorhandene wirksame Nachfrage zu befriedigen. Der Produktionsapparat ist hinter den Zollmauern erweitert worden, ohne daß die Nachfrage gestiegen ist. Außerhalb der Zollmauern ist also unter sonst gleichen Umständen der Produktionsapparat nicht mehr voll ausgenutzt.

Ob die Ersparnisse, die auf diese Weise künstlich in den zollgeschützten Wirtschaftszweig gelockt wurden, bei freier Konkurrenz denselben Weg gegangen wären, ist zum mindesten sehr zweifelhaft. Ohne den Eingriff in die freie Konkurrenz hätten die Ersparnisse — vorausgesetzt, daß ihr Besitzer sie in Produktionsprozess wirtschaftlich anlegt, — an irgend einer Stelle in der Wirtschaft zu einer Preissenkung geführt, während sie infolge der Einführung des Schutzzolls günstigsten Falls eine vorangegangene künstliche Preissteigerung ausgleichen.

Häufig sinkt der Preis aber gar nicht wieder auf den alten Stand, weil die Produktionsbedingungen in dem betreffenden Land ungünstiger sind als außerhalb der Zollmauern. In diesem Fall ist das Land, das die Zölle eingeführt hat, auf die Dauer ärmer geworden. Denn um dieselbe Menge und Qualität Ware zu erhalten, müssen zum Beispiel mehr Arbeitsstunden geleistet werden als vor Errichtung der Zollmauern. In Deutschland gehen unter anderen die Agrarzölle in dieser Richtung: infolge der Getreidezölle muß die deutsche Bevölkerung mehr arbeiten, um

## Handelspolitischer Kriegszustand.

Deutschland — Belgien.

Die reisende deutsche Verhandlungsdelegation, die den betroffenen Staaten die deutschen Einfuhrkontingentierungen schmackhaft machen soll, hat in Brüssel verhältnismäßig leichtes Spiel gehabt, da weder Eier noch Zuchtperde auf der deutschen Kontingentsliste stehen. Belgien hat folgende Kontingente für 3 Monate anerkannt: Blumenkohl und Schnittblumen: 40 Prozent der Vorjahreseinfuhr, Tafeltrauben und Tomaten: 65 Prozent, Speck: 60 Prozent, Butter und Weichkäse: 40 Prozent.

Deutschland — Holland.

Nach Ueberwindung der leichtesten Station, Brüssel, sitzen die deutschen Unterhändler in Holland, von der Presse sehr eindeutig empfangen. Das „Allgemeine Handelsblatt“ stellt fest, daß die deutschen Unterhändler im und um den Haag eine gereizte Stimmung auftreffen würden, deren Gründe zu verstehen ihnen nicht schwer fallen dürfte, nachdem Landwirtschaft, Gartenbau und andere Exportbetriebe in den letzten Jahren viel zu erdulden gehabt hätten. Die angekündigten Kontingentierungen seien wohl geeignet, das Maß voll zu machen. Holland sei, wenn es darauf ankomme, nicht wehrlos. Unter Hinweis auf den Ablauf des niederländisch-deutschen Handelsvertrages (am 31. Dezember) meint das Blatt, daß auf holländischer Seite auf die Verlängerung dieses Vertrages vielleicht kein Wert mehr gelegt würde, falls die Vorteile für den holländischen Handel durch die deutsche Kontingentierungspolitik illusorisch gemacht würden, und daß ferner die Möglichkeit einer Zinsherabsetzung und eventueller Verlängerung des bis 1937 laufenden holländischen Kredits an Deutschland von vornherein ausgeschlossen würde.

Holland wehrt sich gegen die, wie man dort sagt, „militär-agrarische“ Handelspolitik.

Deutschland — Italien.

Die Italiener bereiten sich auf den Empfang der deutschen Unterhändler gut vor! Sie erlassen Devisenmaßnahmen, die eine starke Hemmung für die deutsche Ausfuhr nach Italien bedeuten werden. Die italienischen Importeure sollen deutsche Warenlieferungen zunächst aus ihren Mark-Sperrkonten in Deutschland bezahlen. Sie erhalten in Italien nur zur Bezahlung von 25 Prozent der Rechnungsbeträge für deutsche Waren in Devisen zur Verfügung gestellt; den Rest sollen sie in Lire in Italien hinterlegen.

Schleunigst soll ein deutscher Sonderausschuß, bestehend aus je einem Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichsbank, nach Rom abdamfen, um zu begütigen. Jene andere Abordnung wird vom Reichsernährungsministerium geführt. In der Begütigungskommission ist es zweckmäßigerweise nicht vortreten. Eine schöne Arbeitsteilung! — t.

## TÜRKEI

Einfuhrerleichterung: An Stelle der alten Kontingentslisten, die einen Einfuhrwert von 10 Millionen türkischen Pfund betrafen, sind neue Listen auf Grund eines Einfuhrwertes von 23 Millionen türkischen Pfund festgesetzt. — Ein kleiner Fortschritt!

## SCHWEIZ

Kartoffelzoll erhöht: Die Kartoffelausfuhr aus Baden nach der Schweiz wird empfindlich getroffen durch Erhöhung des schweizerischen Einfuhrzollses von 4 auf 6 Franken je 100 Kilo. — Also eine neue Absperrungsmaßnahme!

## DEUTSCHLAND

Neueinstellung von Arbeitskräften: Nach den Meldungen der Schlichter bis zum 29. September sind auf Grund der Notverordnungen 19 000 Arbeitslose neu eingestellt worden. — Noch kein imponierendes Ergebnis!

10)

## WIRTSCHAFTSWISSEN ZUM BAUSTEINE

### Wie wirkt ein Einfuhrzoll?

Die Einfuhrzölle teilt man üblicherweise ein in Finanz- und Schutzzölle.

Man nennt sie Finanzzölle, wenn sie auf Waren erhoben werden, die im Inland nicht erzeugt werden. Solche Zölle haben in erster Linie den Zweck, dem Staat eine Einnahme zu verschaffen; sie wirken wie Verbrauchssteuern, und wir sehen deshalb an dieser Stelle von einer Untersuchung ihrer Wirkung ab. Soweit solche Zölle dazu dienen, die Produktion inländischer Ersatzgüter zu fördern — wie etwa ein deutscher Südrüchzoll den deutschen Obstbau fördern würde — wirken sie wie Schutzzölle.

Wenn in irgend einem Wirtschaftszweig bei freier Konkurrenz die inländische Produktion nicht hinreicht, um die wirksame einheimische Nachfrage zu befriedigen, dann wird ein Zoll eine Preissteigerung auf dem Binnenmarkt zur Folge haben, auch ohne ein Kartell in dem betreffenden Wirtschaftszweig. Die beteiligten Produzenten haben dann — zum mindesten zunächst etwa bis zur Ingangsetzung neuer Produktionsstätten — einen höheren Gewinn am Stück. Schließen sich die inländischen Produzenten hinter den Zollmauern noch zu einem Kartell zusammen und schalten somit, geschützt vor der ausländischen Konkurrenz, auch noch die inländische aus, so besteht natürlich die Möglichkeit, den Gewinn am Stück noch zu erhöhen.

Wenn bei freier Konkurrenz die inländische Produktion hinreicht, um die einheimische wirksame Nachfrage zu befriedigen, dann tritt eine Preiserhöhung, und damit eine Erhöhung des Gewinns am Stück nur ein, wenn es gelingt, hinter den Zollmauern die betreffenden Unternehmer zu einem Kartell zusammenzuschließen und den Kampf gegen Außenseiter wirksam zu führen.

Je nachdem, ob es sich um beliebig oder nicht beliebig vermehrbare Produkte handelt, wird die Preiserhöhung durch Zölle beziehungsweise durch Zölle und Kartelle eine Dauerwirkung haben oder nicht. Der höhere Gewinn am Stück ist ein Anreiz, die Produktion in dem betreffenden Wirtschaftszweig auszudehnen. Bei beliebig vermehrbaren Gütern wird also der Preis unter sonst gleichen Umständen nach einiger Zeit wieder sinken, während er bei nicht beliebig vermehrbaren Gütern hoch bleiben wird, solange der Zoll besteht.

Brot zu kaufen, als wenn Deutschland sein Getreide aus den billiger produzierenden Ländern, wie Kanada, Argentinien u. s. w., einführen würde.

Als eine andere Folge der Schutzzölle hatten wir die Preissteigerung — bei nicht beliebig vermehrbaren Produkten — genannt. Ihre unwirtschaftliche Wirkung ist zum Teil bereits geschildert worden. Sofern es sich um einen Produktionszweig handelt, der auch ohne Schutzzölle mit dem Ausland konkurrenzfähig ist, wird mit der Preissteigerung eine Gewinnsteigerung Hand in Hand gehen. In diesem Fall braucht zunächst eine Verringerung des Volkseinkommens nicht einzutreten; die Käufer des betreffenden Produkts müssen jetzt allerdings mehr ausgeben, wenn sie noch dieselben Mengen dieser Ware wie bisher kaufen wollen; die Verkäufer werden jedoch reicher.

Sind die Käufer des verteuerten Produkts gleichzeitig Verkäufer, dann werden sie die Mehrkosten meist abwälzen. Sind sie aber nur Waren-Käufer, Proletarier, dann haben sie die Mehrkosten allein zu tragen. Im kapitalistischen Wirtschaftssystem wird daher letzten Endes der Proletarier die Warenverteuerung durch Schutzzölle zu tragen haben; denn er verkauft keine Ware, in deren Preis er den Zolleschlag einkalkulieren könnte. Der Zoll würde also hier dazu beitragen, die ungleiche kapitalistische Einkommensverteilung, die wir im „Funken“ schon oft als wichtigste Krisenursache gekennzeichnet haben, noch ungleicher zu gestalten.

Unter Umständen kann die Einführung eines Schutzzolls nützlich sein, wenn nämlich dadurch einen bisher unrentablen Wirtschaftszweig eine gewisse Entwicklungszeit gewährt wird, nach der er auch ohne Schutzzoll konkurrenzfähig ist. Ein solcher Zoll würde gewissermaßen dazu dienen, den Wirtschaftszweig zur Rentabilität zu „erziehen“. Man nennt ihn darum auch „Erziehungszoll“. Wirkliche Erziehungszölle sind von vornherein nur für eine bestimmte Zeit vorgesehen und werden nach und nach abgebaut, um so die betreffenden Produzenten zu zwingen, ihre Produktion zu verbilligen und zu verbessern.

Ein typisches Beispiel für einen Erziehungszoll ist der deutsche Autozoll. Er wurde eingeführt, weil die deutsche Automobilindustrie nicht Schritt gehalten hatte mit der technischen Entwicklung der ausländischen Automobilindustrie, und infolgedessen nicht konkurrenzfähig war. Bis Mitte 1927 betrug der Einfuhrzoll auf Personenkraftwagen für 100 Kilo 225 Mark; er wurde dann ermäßigt am 1. Juli 1927 auf 150 Mark, am 1. Januar 1928 auf 100 Mark, am 1. Juli 1928 auf 75 Mark. Dieser von vornherein festgelegte Abbau des Zollschutzes zwang die deutschen Automobilproduzenten, ihre Selbstkosten ständig zu senken, um mit der schärfer werdenden Auslandskonkurrenz Schritt halten zu können. Die Autoindustrie wurde dazu erzogen, dem internationalen Wettbewerb besser stand zu halten. Bey.